

Evangelische Verantwortung

Kinder sind das Beste, was wir haben

Ministerpräsident Erwin Teufel

I.

Familie, Kinder – das ist ein Thema, das die CDU immer zentral bestimmt hat. Die CDU ist seit jeher die Partei der Familien, die Partei der Kinder, die Partei der Nachhaltigkeit. Und doch scheint diese Botschaft erst heute die Gesellschaft zu erreichen, erst langsam merken es auch die anderen, wie sehr sie das Thema Familie vernachlässigt haben.



„Die Familie erfährt eine neue Wertschätzung, endlich möchte man sagen.“

Überall finden Kongresse statt, eine Tagung jagt die nächste. Alles redet über Familien, über Kinder, über die Zukunft des Generationenvertrags, als ob die Gesellschaft aus einem langen Schlaf erwacht. Die Familie erfährt ei-

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Sonntag, wozu?	8
Der Wiederaufbau der Leipziger Universitätskirche	14
Aus unserer Arbeit	19

ne neue Wertschätzung, endlich, möchte man sagen. Ich denke, dass der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU Anteil an dieser neuen Wertschätzung hat, denn er hat immer gewusst, welche Bedeutung die Familie in unserer Gesellschaft einnimmt. Er war immer der Meinung, dass Familienpolitik nicht irgendein Politikbereich wie jeder andere ist, und er hat die Stärkung der Familie immer als ein ureigenstes Anliegen der Christen angesehen. Christen, so steht es in der Bibel, sollen die „Zeichen der Zeit“ erkennen. Sie sollen Zeugnis ablegen vom Grund ihres Glaubens, aber sie sollen sich auch einmischen in die politischen Angelegenheiten dieser Welt. Sie sollen als Staatsbürger an der Verwirklichung einer gelingenden gesellschaftlichen Ordnung mitwirken. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist dieser Aufgabe in den vergangenen Jahrzehnten immer gerecht geworden. Er hat sich eingemischt, er hat vorausgedacht und er hat Anregungen gegeben, denen unsere freiheitliche und solidarische Gesellschaft unendlich viel zu verdanken hat. Dafür möchte ich dem EAK herzlichen Dank sagen, der ganz besonders seinem Engagement im Bereich der Familienpolitik gilt, denn Ehe, Familie und Kinder stellen das wichtigste Fundament einer freien und solidarischen Bürgergesellschaft dar!

II.

Mittlerweile dürfte jedem klar geworden sein, dass sich Deutschland in einer tief greifenden Krise befindet. Das Land des einstigen Wirt-

„Christen sollen Zeugnis ablegen vom Grund ihres Glaubens, aber sie sollen sich auch einmischen in die politischen Angelegenheiten dieser Welt.“

schaftswunders ist zum Sorgenkind Europas geworden: Die Wirtschaft befindet sich in der Rezession, die sozialen Sicherungssysteme geraten zusehends in eine bedrohliche Schiefelage und der Mittelstand erlebt seine bisher schlimmste Krise. Dazu kommt die dramatische Finanzlage aller öffentlichen Haushalte. Doch damit nicht genug: Vor allem die demographische Entwicklung stellt uns vor ungeahnte Probleme, Probleme, die weit über die Aufrechterhaltung der Sozialversicherungen hinausgehen und die die soziale und kulturelle Verfassung unserer Gesellschaft als Ganzes berühren. Deshalb sind viele Menschen mutlos und haben Angst vor der Zukunft. Doch das darf nicht so bleiben, es ist höchste Zeit, das Ruder herumzureißen. Wir brauchen eine neue Aufbruchstimmung, und das heißt: Wir brauchen den Mut zu Reformen!

Wir brauchen eine neue Aufbruchstimmung, und das heißt: Wir brauchen den Mut zu Reformen!

Darunter verstehe ich unter anderem eine Reform des Föderalismus nach dem Prinzip der Subsidiarität, eine Reform des Sozialstaats hin zu mehr Eigenverantwortung, eine Reform der Steuerordnung, damit Mittelstand und Bürgerschaft wieder mehr „Luft zum Atmen“ haben, und eine grundlegende Reform der Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik. Unsere Landesregierung wird alles, was in diese Richtung geht, im Bundesrat konstruktiv unterstützen und mit voranbringen. Aber das wird nicht ausreichen: Alle diese Reformen sind wichtig, aber noch wichtiger ist es, dass sich unsere Gesellschaft aus der mentalen Lähmung befreit. Wir brauchen wieder mehr Lebensmut, mehr Vertrauen in die Zukunft und damit auch den Willen zur Zukunft. Ich denke, dass hier die wichtigste Bedeutung der künftigen Familienpolitik liegt.

Adolf Kolping hat einmal gesagt: „Die Erneuerung der Gesellschaft muss von der Familie ausgehen.“ Diese Erkenntnis ist heute so aktuell wie vor 150 Jahren, denn in der Tat: Wir werden unsere Probleme nur lösen können, wenn wir die Bedeutung der Familie in ihrer ganzen Tiefendimension wieder deutlich erkennen. Ohne gedeihliche Familien, ohne Kinder, gibt es keine Zukunft. Nur mit Kindern wird es uns gelingen, den Sozialstaat auf eine neue Grundlage zu stellen und den Generationenvertrag zu bewahren. Nur mit intakten Familien wird unsere Bildungspolitik auf fruchtbaren Boden stoßen und nur eine Gesellschaft, die Interesse am Wohl ihrer Kinder hat, wird bei den Menschen das Gefühl für Verantwortung wecken und den Mut zur Zukunft stärken.

Es stellt sich also die Frage, ob nicht die Krise der Familie am Anfang all unserer Probleme steht. Ist die Krise der Familie nicht im Kern eine geistige, eine mentale Krise? Ich denke, ja. Daher ist Familienpolitik im umfassenden Sinne für mich das wichtigste Gebot der Stunde. „Familien stärken – Kinder fördern – Zukunft gestalten“ heißt daher das Motto der Landestagung des EAK in Stuttgart. Ich bin der Meinung, es könnte nicht besser lauten, denn damit ist eigentlich alles gesagt. Nur wenn wir Familien stärken, gibt es menschlichen Zusammenhalt und stabile soziale Verhältnisse. Nur wenn wir Familien stärken, gibt es mehr Kinder und nur wenn wir Kinder fördern, gibt es für uns alle eine Zukunft.

Dies zeigt: Familienpolitik ist weit mehr als nur ein Beitrag zur Sicherung unseres Rentensystems. Hier geht es um die Humanität unserer Gesellschaft, um den Zusammenhalt der Generationen, um die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft und um ihre Leistungsfähigkeit, mit einem Wort: um die Zukunft unserer Gesellschaft. Daher bin ich der Meinung, dass der Lösung der Familienfrage heute eine ähnlich große Bedeutung zukommt, wie der Lösung der sozialen Frage im 19. Jahrhundert. Die Erfahrungen des 19. Jahrhunderts sollten uns dabei eine Mahnung sein, denn die soziale Frage wurde damals nicht zeitgerecht erkannt – mit verheerenden Folgen. Man muss kein Prophet sein, um zu sehen, dass auch ein Ignorieren der Familienfrage zu unabsehbaren Folgen führen wird.

Es gab im 19. Jahrhundert durchaus einige weitsichtige Pioniere, wie Ritter von Buß mit seiner ersten Sozialrede in Deutschland in der Badischen Zweiten Kammer, wie Adolf Kolping, wie Bischof Ketteler in Mainz, wie Johann Hinrich Wichern. Sie haben frühzeitig die soziale Frage thematisiert und – gerade in Süddeutschland gute Beispiele für praktisches Handeln gegeben.

Und so ist es auch heute wichtig, dass wir auf die Pioniere hören, die nicht nur den allgemeinen Zustand der Familie beklagen, sondern die praktische Wege zu ihrer Stärkung aufzeigen. Professor Kirchhof etwa hat als Bundesverfassungsrichter ein Beispiel gegeben durch das Urteil zur Sicherung des Existenzminimums für Familien, und Professor Biesinger, dessen Stiftung „Gottesbeziehung in den Familien“ im Juni dieses Jahres ins Leben gerufen wurde, gibt ein weiteres mit seinem Ansatz für eine gelebte Gottesbeziehung in der Familie.

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor kurzer Zeit ging der 17. CDU-Bundespartei-tag mit großem Erfolg zu Ende. Unter dem Motto „Deutschland kann mehr“ hat sich unsere Partei klar und mutig den anstehenden Zukunftsherausforderungen gestellt und sich mit ihren konstruktiven Reformvorschlägen einmal mehr als die einzig verlässliche Alternative zum bisherigen Regierungschaos von Rot-Grün profiliert.

Besser für Deutschland – das bedeutet schlicht und ergreifend: Die wirkliche Sicherung der sozialen Systeme, eine solidarische Generationengerechtigkeit, den Abbau der horrenden Arbeitslosigkeit sowie eine verlässliche ethische Wertebindung und einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung wird es nur mit der Union geben können. Die unseriöse und unverantwortliche Politik von Rot-Grün dagegen treibt unser Land – je länger desto mehr – in die soziale, wirtschaftliche und ideelle Abwärtsentwicklung.

Aus der Sicht des EAK war der Bundespartei-tag ebenfalls ein voller Erfolg. Unser EAK-Antrag für das Verbot des Kopftuchtragens für Lehrerinnen und Erzieherinnen an staatlichen Schulen und Erziehungseinrichtungen wurde nahezu einstimmig angenommen! Mit dem eindeutigen Votum des Partei-tages erwarten wir jetzt von allen Bundesländern, vor allem den unionsgeführten Ländern, dass sie gemeinschaftlich beim Kopftuchverbot handeln und damit Rechtseinheitlichkeit in ganz Deutschland herstellen. Das sind wir unseren Kindern und Jugendlichen im Namen von Freiheit, Gleichberechtigung und erfolgreichen Integrationsbemühungen schuldig. Der erfolgreiche Antrag zeigt, dass sich der EAK tatkräftig an der inhaltlichen Programmatik der Union beteiligt. Unsere Standaktion zum Thema „EAK – das lebensnotwendige Vitamin ‘C’ in der Union stärken“ fand regen Anklang. Gestärkt durch einen vitaminreichen Saft äußerten sich Delegierte und Besucher zum „C“ im Parteinamen.

Ein Höhepunkt des Parteitages war auch der besinnliche ökumenische Gottesdienst in der weltberühmten Leipziger Thomaskirche. Der dortige Orts-pfarrer betonte in seinem Grußwort die bleibend notwendige Zusammengehörigkeit der gesellschaftlichen Grundpfeiler von „Kirche, Markt und Rathaus“ für das Wohlergehen und die Stabilität unseres Landes. Alle diese drei Grundpfeiler seien aufeinander bezogen und würden ein sensibles Gleichgewicht bilden, das nicht gefährdet werden dürfe. Hierzu passt es gut, dass wir in dieser Ausgabe einer anderen Leipziger Kirche gedenken, die seiner Zeit leider dem Unverstand und der Geistlosigkeit der DDR-Diktatur zum Opfer gefallen ist, nämlich der Universitätskirche. Die Zerstörung dieser Kirche ist gleichzeitig ein Symbol dafür, dass Gottlosigkeit und Unterdrückung von Freiheit und Menschenrechten immer wieder ein unseliges Bündnis miteinander eingehen.

In der Aussprache nach der Rede der Parteivorsitzenden wurde auch noch einmal die „causa Hohmann“ erörtert. Ich habe mich hierzu ebenfalls geäußert und klar gestellt, dass die Trennung nach dem uneinsichtigen Verhalten Hohmanns letztlich

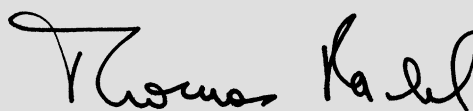
unvermeidlich und richtig war. Wir in der Fraktion hatten gehofft, dass sich Martin Hohmann vollinhaltlich von seiner unsäglichen Rede vom 3. Oktober distanziert, aber er hat dies nicht überzeugend getan. Mit seiner Rede aber hat er nichts weniger als die Grundsätze und auch die Geschichte unserer Partei bis ins Mark diskreditiert. Wer wie Martin Hohmann im ZDF-Interview („Frontal 21“) gesagt hat: „Auch in der Geschichte des jüdischen Volkes gibt es dunkle Flecken. Ein solcher Fleck war die Beteiligung des jüdischen Volkes an der bolschewistischen Revolution“, der zeigt, dass er seinen Irrweg nicht erkannt hat. Wer so redet, konstruiert eine Kollektivschuld für das jüdische Volk. Das ist nicht akzeptabel, und das können wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch nicht zurechnen lassen. Es ist ein weiteres Verdienst des Bundesparteitages, dass deutlich wurde: Konservative und an christliche Werte gebundene Politik ist mit jeder Form des Antisemitismus oder der Intoleranz anderen Menschen oder Völkern gegenüber unvereinbar.

Ein ereignisreiches und bewegendes Jahr geht nun bald zu Ende, das – nicht zu vergessen – auch im Zeichen der Bibel stand. Insbesondere für uns Protestanten bedeutete dieses Jahr auch wieder ein Bewusstwerden und Bemühen um die Quelle, aus der wir unseren Glauben schöpfen. Eine große Zahl von Veranstaltungen zur Bibel haben überall in Deutschland stattgefunden und großen Zulauf gehabt.

Es war aber auch ein konfliktreiches Jahr: Dem Frieden, der uns als Christen eigentlich verheißen ist, mögen wir uns in den zurückliegenden Wochen und Monaten des alten Jahres allzu oft schmerzlich entfernt gefühlt haben. Dennoch wollen wir auch dem kommenden Jahr wieder zuversichtlich entgegensehen und aus dem Geist der Jahreslosung Kraft und Mut für unsere evangelische Verantwortung schöpfen: „Himmel und Erde werden vergehen, aber meine Worte werden nicht vergehen“ (Mk. 13,31). Im festen Vertrauen auf das lebendige Wort Gottes in unserer Mitte wünsche ich Ihnen allen von ganzem Herzen geruhsame und besinnliche Tage, gesegnete und fröhliche Weihnachten und ein gutes neues Jahr.

Gottes Segen!

Ihr



Thomas Rachel MdB
(Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU)



*Aus der Sicht
des EAK war der
Bundespartei-tag
ein voller Erfolg.*

Ich freue mich, dass der Landesverband des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Baden-Württemberg mit seiner Resolution „Familie stärken – Kinder fördern – Zukunft gestalten“ ebenfalls ein Signal in diese Richtung gibt.

III.

Wir müssen der Familie wieder den Stellenwert geben, der ihr in einer freien und solidarischen Gesellschaft zukommt. Wir sollten uns daran erinnern, dass es die Familien sind, die unsere Kinder zu verantwortlichem Verhalten erziehen und dass es die Familie war, die den Menschen immer wieder über Krisenzeiten hinweggeholfen hat. Denken wir nur an die Nachkriegszeit: Mit vereinten Kräften machten sich die Menschen damals an den Wiederaufbau. Man brauchte einander und man hielt zusammen zwischen allen Generationen einer Familie. Es wurden Familienbetriebe gegründet, Häuser in Eigenarbeit gebaut, Kinder erzogen und Großeltern betreut. Die Familie wurde damals als Rettungsanker erfahren, als Lebens- und Hilfsgemeinschaft und dazu als Ort der Geborgenheit. Der Wiederaufbau war vor allem ein Werk der Familien, ein Werk der „Verantwortungsgemeinschaft Familie“.

Leider hat diese Einsicht die Frühphase der Bundesrepublik nur bedingt überlebt. Kaum war der Wiederaufbau abgeschlossen, sehnten sich viele Menschen nach Freiheit und sie wollten das Leben genießen. Die klassische Familie galt nun nicht mehr als Hort der Gemeinschaft und Sicherheit, wie noch in der Nachkriegszeit, sondern sie erschien vielen als Ort der Freiheitsbeschränkung oder gar als Stätte der Freiheitsberaubung. Viele suchten aus Überzeugung oder Verunsicherung Wege einer so genannten antiautoritären Erziehung. Natürlich hat sich in den siebziger Jahren nur eine Minderheit der jungen Menschen von dieser Kritik an der Familie beeindruckt lassen. Die meisten von ihnen haben Familien gegründet, haben Kinder gut erzogen, waren Vorbilder und haben somit das Glück der Familie erfahren.

Und doch ist nicht zu übersehen, dass das Image, das Prestige der Familie und auch der Ehe in jenen Jahren nachhaltig ins Wanken geraten ist. Junge Leute waren immer weniger bereit und fähig, Bindungen einzugehen. Die Ehe wurde nicht mehr als Institution verstanden, die vor Gott ge-

schlossen wird, sondern als ein Vertrag, den man – wie jeden Vertrag – auch kündigen kann. Man redete von „Lebensabschnittspartnern“ und man duldete nicht nur neue Lebensformen – wogegen nichts einzuwenden wäre –, sondern man propagierte sie. Deutschland ging über viele Jahre den Weg von der Verantwortungsgemeinschaft in die Selbstverwirklichungsgesellschaft.

Heute müssen wir leider feststellen: Unsere Gesellschaft ist in ihrem Bemühen um ungebundene Freiheit über das Ziel hinausgeschossen. Die Folgen dieser Entwicklung sind nicht mehr zu übersehen:

- Die zunehmende Individualisierung führte dazu, dass die Anzahl der Single-Haushalte laufend zunahm. In Stuttgart ist heute aus ganz unterschiedlichen Gründen fast jeder zweite Haushalt ein Single-Haushalt. Damit verbunden ist auch die Vereinsamung vieler Menschen.
- In Baden-Württemberg ist der Anteil der traditionellen Kernfamilie, also der Ehepaare mit Kindern, auf 48 % gesunken. Im Gegenzug erfuhr die Zahl der Ehepaare ohne Kinder einen beachtlichen Zuwachs auf 40 %.
- Immer mehr Familien gehen in die Brüche. Jede dritte Ehe wird heute geschieden. Die Zahl der Alleinerziehenden ist in den letzten gut 20 Jahren um 52% gestiegen. Und die Leidtragenden sind die Kinder!
- Der Vergleich zeigt zudem einen deutlichen Trend zu kleineren Familien. Unter den 191 Staaten der Welt steht Deutschland mit 1,3 Kindern pro Frau (in Baden-Württemberg 1,38 Kinder pro Frau) bei der Geburtenrate auf Position 181.
- Auch ist die Erziehungskraft der Familien deutlich geschwächt worden. Die Ideen der antiautoritären Pädagogik haben oft dazu geführt, dass die Kinder gar keine Erziehung mehr erfuhren. Dazu kommt noch der ungeheure Einfluss der Massenmedien. Beides zusammen hat dazu geführt, dass wir heute besonders unter jüngeren Menschen eine fortschreitende Orientierungslosigkeit beklagen müssen.

Die Gesellschaft hat diesen Entwicklungen lange Zeit zugesehen, ja begrüßt. Man sprach vom modernen Wertewandel. Man belächelte die „Heimchen am Herd“ und die

Wir sollten uns daran erinnern, dass es die Familien sind, die unsere Kinder zu verantwortlichem Verhalten erziehen und dass es die Familie war, die den Menschen immer wieder über Krisenzeiten hinweggeholfen hat.

drei K's (Kinder, Küche, Kirche) und man raubte den Müttern ihr Selbstbewusstsein.

Zum Glück neigen sich diese Zeiten nun dem Ende zu, das Wertependel schwingt wieder zurück. Die Jugend wünscht sich heute wieder ein Leben in der Familie. Viele sehnen sich in dieser unübersichtlichen Welt nach Geborgenheit und Liebe. Ich stelle heute bei jungen Menschen eine neue wohlthuende unideologische Offenheit für Ehe und Familie fest.

IV.

Worin bestehen die Leistungen der Familie, die heute wieder neu entdeckt werden? Jede Familie, jedes Kind bedeutet ein Stück Zukunft. Kinder machen uns reich! Sie stehen für Lebensfreude, für Neuanfang, für Offenheit, für Neugier und für Lern- und Leistungsbereitschaft. Ohne Kinder droht eine Gesellschaft in Lethargie und Sicherheitsdenken zu versinken. Und selbstverständlich kann auch unser Sozialsystem nur bei einer hinreichenden Zahl an Nachkommen funktionieren.

Die zweite Leistung der Familie besteht in der Vermittlung von sozialen und menschlichen Werten. Die Familie ist der Ort, an dem den Kindern menschliche Werte vorgelebt werden, an dem sie Rücksichtnahme und Solidarität lernen, an dem die Persönlichkeit des jungen Menschen ausgebildet wird. Vor allem ist die Familie auch ein Ort, an dem der Geist der Liebe lebendig und wirksam wird. Zu Recht sagt Giuseppe Mazzini, der geistige Führer der italienischen Demokraten im 19. Jahrhundert: „Die Familie ist das Vaterland des Herzens“.

Hier wird der junge Mensch ohne Bedingung angenommen und geliebt. Hier wird er nicht an seinem Nutzen und Leistungswert gemessen, sondern er wird so angenommen, wie er ist. Das Aufwachsen und Leben in einer intakten Familie gibt den Kindern Halt und verleiht ihnen Selbstvertrauen. Die Familie ist für jedes Kind die Urerfahrung von Vertrauen. Auf dieses Urvertrauen in die Mitmenschen kommt es an, ohne es drohen die Menschen in Misstrauen, in Unsicherheit, in Selbstzweifel, in Ängste und übrigens auch in Ellbogenkämpfe zu versinken.

Dies zeigt: Die Familie ist, wie der große, in Stuttgart geborene Philosoph Hegel erkannt

hat, eine sittliche Gemeinschaft. Und sie ist vielleicht sogar der einzige Ort, an dem in der modernen Welt Sittlichkeit gebildet werden kann. Was die Familie, was Vater und Mutter hier versäumen, das wird die Schule letztlich nicht ersetzen können. Die Familie, das merken nun auch ihre Kritiker, ist das Fundament einer freien und humanen Bürgergesellschaft!

V.

Wenn das so ist, dann stellt sich natürlich die Frage, warum diese Einsicht noch keinen Niederschlag in der Familien- und Geburtenstatistik gefunden hat. Warum scheitern so viele Ehen? Warum zerbrechen so viele Familien? Warum erfüllen sich viele Familien nicht den Kinderwunsch? Auch hier gibt es viele Gründe.

Häufig sind sie ganz privater Natur und der Einwirkung der Politik entzogen. Auch Gründe, bei denen die Politik nichts auszurichten vermag. Aber es gibt auch solche, bei denen die Politik gegensteuern kann, denn viele Paare sehen sich auch durch gesellschaftliche Umstände gehindert, eine Familie zu gründen. Zwei Punkte erscheinen mir dabei besonders wichtig:

Wir müssen – erstens – dafür sorgen, dass die Erziehungsleistung der Mütter und auch der Väter viel mehr gewürdigt wird. Wir müssen dazu kommen, dass die Kindererziehung ein anderen Berufstätigkeiten gegenüber gleichwertiger Beruf ist. Wenn sich Frauen oder auch Männer dafür entscheiden, ihre ganze Zeit und Kraft ihrer Familie zu widmen, dann tragen sie ganz entscheidend zum Wohl unserer Gesellschaft bei. Sie ermöglichen es, dass unsere Kinder in Geborgenheit aufwachsen und für das Leben vorbereitet werden. Ich denke, der Staat steht hier in der Pflicht. Nicht umsonst erinnert das Bundesverfassungsgericht die Politik immer wieder an den Artikel 6 des Grundgesetzes: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“. Der freiheitliche Staat darf die Bürger nicht befehlen, er darf sich auch nicht in die privaten Lebensentscheidungen der Bürger einmischen, schon gar nicht darf er sich anmaßen, die „Lufthoheit über die Kinderbetten“ zu erringen, wie es der Generalsekretär der SPD, Olaf Scholz, einmal formuliert hat. Aber er darf und er soll dafür sorgen, dass die jungen Menschen, die eine Familie gründen wollen, diesen Wunsch

Wir müssen dafür sorgen, dass die Erziehungsleistung der Mütter und auch der Väter viel mehr gewürdigt wird.

auch erfüllen können. „Der freiheitliche Staat muss alles daran setzen, Familien in ihrem Kinderwunsch zu bestärken und zu unterstützen“, so Professor Paul Kirchhof. Denn vergessen wir nicht: Die Familien erbringen wichtige soziale Leistungen, die sonst der Staat übernehmen müsste. Es ist daher ein Skandal, dass viele Familien in Deutschland am Rande der Armut und über eine Million Kinder von der Sozialhilfe leben. Das kann und darf nicht so bleiben. Die Familienpolitik braucht hier einen neuen Anstoß.

Das Land Baden-Württemberg hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass es der Familienpolitik hohe Priorität einräumt. Ich erinnere an das Landeserziehungsgeld, die Landesstiftung „Familie in Not“, die Förderung von Familien mit Mehrlingsgeburten, den Landesfamilienpass für alle Familien mit mindestens 3 Kindern und alle Alleinerziehenden. Nun sind – auf Bundesebene – weitere Maßnahmen erforderlich: Wir brauchen dringend einen Familienlastenausgleich, der diesen Namen auch verdient. Die Leistungen der Familienarbeit sollten nicht nur ideell, sie müssen endlich auch materiell angerechnet werden. Diese Maßnahme ist notwendig, weil unsere Gesellschaft sich in einer dramatischen demographischen Schieflage befindet, die die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme bedroht. Wir müssen daher endlich den Mut haben, offen über das gesellschaftliche Phänomen der Kinderlosigkeit und ihre Ursachen zu diskutieren und entsprechende Konsequenzen daraus zu ziehen. Wenn die Zahl der jungen Menschen, die sich für Kinder und Familie entscheiden, nicht wieder wächst, bleiben alle anderen Reformvorschläge zum Schutz der sozialen Sicherungssysteme letztlich Makulatur.

Was also ist zu tun? Meines Erachtens ein zentraler Punkt: Es muss der eigenständige Rentenanspruch für Frauen, die sich der Kindererziehung widmen, dringend ausgebaut werden. Die Vorschläge der Herzog-Kommission zur stärkeren Berücksichtigung von Kindererziehungsjahren bei künftigen Rentenzahlungen gehen in diese Richtung, aber auch diese Vorschläge reichen noch nicht aus, um die Erziehungsleistung bei der Rente angemessen zu berücksichtigen. Familien sollten meiner Meinung nach nicht erst bei der Auszahlung der Rente, sondern auch durch niedrigere Beitragssätze gefördert werden. Es kann nicht so bleiben, dass Familien doppelt zur Kasse gebeten wer-

den, indem sie Beiträge zur Rentenversicherung leisten und gleichzeitig die Kosten für die Erziehung der Kinder tragen, Kinderlose dagegen nur die Beiträge zur Rentenversicherung zahlen und keine Kosten für Kinder zu tragen haben. Kinderlose verfügen über einen weitaus größeren finanziellen Spielraum. Ich halte es daher für zumutbar, von ihnen einen höheren Beitrag zur Alterssicherung zu verlangen. Mit diesem Modell würde endlich auch die vom Bundesverfassungsgericht im „Pflegeurteil“ monierte Ungleichbehandlung von Kinderlosen und von Familien mit Kindern in den sozialen Sicherungssystemen aufgehoben.

Ich bin überzeugt, dass auch die Einführung eines Familienwahlrechts einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Familien leisten könnte. Beim Familienwahlrecht erhalten alle Bürgerinnen und Bürger von Geburt an eine Stimme. Bei Kindern und Jugendlichen wird dabei das Stimmrecht stellvertretend von den Eltern ausgeübt. Durch ein solches Familienwahlrecht bekämen die Interessen von Familien und Kindern endlich das Gewicht, das ihnen aufgrund ihrer Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft auch zusteht.

All diese Maßnahmen haben übrigens nichts mit Diskriminierung der Kinderlosen zu tun, sondern sie sind eine Frage der Gerechtigkeit: und zwar sowohl der Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen als auch der Gerechtigkeit gegenüber denjenigen, die sich für Kinder entscheiden und damit die Zukunft unserer Gesellschaft sichern.

Zweitens müssen wir helfen, dass Frauen Beruf und Familie besser als bisher vereinbaren können. Wenn es darum geht, zwischen Kind und Karriere zu wählen, entscheiden sich viele Frauen, übrigens vor allem gut ausgebildete junge Frauen, immer öfter für die Karriere und gegen Kinder. 42% aller Akademikerinnen haben keine Kinder! Diese Frauen sehen, dass sie in der Arbeitswelt Einkommen und Anerkennung erzielen können. Und so streben sie, wer will es ihnen verdenken, in die Berufstätigkeit. Sie wünschen sich häufig Kinder, aber sie wissen nicht, wie sie diesen Wunsch mit ihrer Berufstätigkeit vereinbaren können. Ich meine, dass die Politik hier ebenfalls etwas tun kann. Ich plädiere in diesem Fall für echte Wahlfreiheit.

Mütter und Väter, die zu Hause bleiben und Kinder erziehen wollen, sollen dies ohne finanziellen Schaden tun können. Aber Müt-

Die Leistungen der Familienarbeit sollten nicht nur ideell, sie müssen endlich auch materiell angerechnet werden.

ter, die Beruf und Kindererziehung miteinander verbinden wollen, – und das ist allein die Entscheidung der Frauen, die jeder respektieren muss – sollten dazu ebenfalls Gelegenheit bekommen. Es muss den Frauen, die dies wünschen oder die darauf angewiesen sind, ein Nebeneinander von Beruf und Familie ermöglicht werden. Wir werden daher die Angebote der Kinderbetreuung in Baden-Württemberg bedarfsgerecht ausbauen. Baden-Württemberg war bisher bereits dank der Kirchen und Kommunen Vorreiter bei der Versorgung mit Kindergartenplätzen. Nun haben wir die Initiative „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ ins Leben gerufen, damit auch für unter 3-jährige Kinder Betreuungsangebote zur Verfügung stehen. Und wir werden auch – punktuell, vor allem in Großstädten – Ganztagschulen einrichten, wohl wissend, dass diese Schulen kein Allheilmittel der Bildungspolitik sein können. Wir wollen diejenigen Frauen unterstützen, die sich ganz der Familie widmen, gleichzeitig wollen wir aber auch die Situation der Mütter stärken, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren möchten.

VI.

Damit bin ich bei meinem wichtigsten Anliegen. Wir müssen dazu beitragen, dass in unserer Gesellschaft wieder ein familien- und kinderfreundliches Klima entsteht. Alle familienpolitischen Anstrengungen nützen wenig, wenn wir hier nicht entscheidend vorankommen. Das Wichtigste ist, dass die Bedeutung der Familie und der Segen der Kinder wieder mehr ins Bewusstsein tritt.

„Laßt die Kinder zu mir kommen. Denn Menschen wie ihnen gehört das Himmelreich“, sagt Jesus (Markus 10, 14–15).

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat sich hier große Verdienste erworben. Er hat sich niemals damit begnügt, familienpolitische Vorschläge zu unterbreiten, sondern hat sich darum bemüht, den Familiensinn in unserer Gesellschaft zu stärken. Das war nicht immer einfach. Aber sein fester christlicher Standpunkt hat ihm immer wieder die Kraft und auch den Mut gegeben, dem Zeitgeist und seinen Verblendungen zu trotzen. Vor allem aber hat er verstanden, was viele vergessen haben: dass der Geist der Familie und der Geist des Christentums zusammengehören:

„In der Familie erlebt man Verfehlung und Scheitern ebenso wie Vergebung und Neuanfang“, heißt es in der bereits erwähnten Resolution „Familie stärken – Kinder fördern – Zukunft gestalten“.

Die Liebe Gottes – das Festhalten Gottes am Menschen, auch wenn dieser versagt und scheitert – das ist das Urbild der Liebe. Es ist das Urbild der Liebe der Eltern gegenüber ihren Kindern. Nur wer als Kind das Vertrauen seiner Eltern erfährt, der wird auch anderen Menschen Vertrauen und Zuneigung entgegenbringen und auch Autoritäten anerkennen können.

„Kinder sind das Beste, was wir haben.“ So lautet unsere Maxime. Kinder sind ein Glück. Eine Bereicherung. Ein Geschenk. Mehr noch: ein Geschenk Gottes. Arbeiten wir daran, dass diese Einsicht nicht nur das Bewusstsein, sondern auch die Herzen der Menschen erfasst. Die CDU wird jedenfalls alles tun, damit diese Einsicht weiter Fuß fasst und unser Land mit einem neuen Sinn für Kinder und Familie in eine erfolgreiche Zukunft geht!

Der EAK hat verstanden, was viele vergessen haben: dass der Geist der Familie und der Geist des Christentums zusammengehören.



Seit Dezember 2002 haben insgesamt 421 Leserinnen und Leser 21.420,59 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet.

Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Konto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100-500 oder Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56 267

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK:

Internet: www.evangelischer-arbeitskreis.de



Sonntag wozu? Eine Frage an Staat und Kirche

Thomas Küttler

Die Frage nach dem Sonntag ist in der Tat eine Frage an Staat und Kirche und ihr Verhältnis zueinander.

Die Christen feiern ihn zwar von Anfang an, ohne jeden staatlichen Schutz, Spuren der Sonntagsfeier als Tag der Auferstehung Jesu am ersten Tag der Woche finden sich bereits im Neuen Testament. Aber im 4. Jahrhundert, im Jahre 321 unter Kaiser Konstantin, wurde der Sonntag zum staatlich geschützten Feiertag, an dem keine Gerichtsverhandlungen und Urteilsvollstreckungen stattfinden durften. Das war also in der Zeit, in der das Christentum aus einer verfolgten Religion zu so etwas wie einer Staatsreligion wurde. Die staatliche Gesetzgebung zum Schutze dieses Tages und darüber hinaus bestimmter Feiertage hat seitdem im Laufe der 1700 Jahre im einzelnen gewechselt, aber bis heute sind der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage „als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt“, wie es in Artikel 139 der Weimarer Reichsverfassung heißt, also in jenen Artikeln, deren Bestimmungen nach Artikel 140 des Grundgesetzes Bestandteil des Grundgesetzes sind. Das ist also für alle verbindliches Recht.

Mag inzwischen auch das konstantinische Zeitalter im Sinne einer engen Symbiose von Staat und Kirche zu Ende gegangen sein. Es besteht in der Tat keine Staatskirche mehr (Artikel 137 der Weimarer Verfassung, der ebenfalls ins Grundgesetz einbezogen ist). Der Sonntag steht aber dennoch nicht zur Disposition. Er gehört, wie die gemeinsame Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz im Jahre 1999 in ihrem ersten Satz sagt, zu den wichtigsten Beiträgen des Christentums zur Kultur unserer Gesellschaft. Ja, er ist nach wie vor eine allgemein anerkannte, bejahte und gewünschte und im Kern keineswegs umstrittene Institution. Keiner will ihn abschaffen.

Aber er ist gefährdet. Nicht erst heute. Bereits in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts kam die Forderung nach der gleitenden Arbeitswoche für die Industrie auf. Damals ging

es darum, den immer kostspieligeren Maschinen eine kontinuierliche Auslastung zu verschaffen. Schon damals galt es, den Sonntag zu verteidigen, wie das z.B. Romano Guardini 1957 in einem Vortrag „Der Sonntag, gestern, heute und immer“ getan hat. Um die gleitende Arbeitswoche ist es, wenn ich mich nicht täusche, stiller geworden, wohl auch weil die industrielle Technik insgesamt weniger personalintensiv geworden ist.

Heute kommt die Infragestellung des Sonntags stärker von der Freizeitindustrie und vom Einzelhandel und spitzt sich im allgemeinen auf die Frage nach der Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen zu. Der Sonntag ist einer schleichenden Aushöhlung ausgesetzt. Da wird der Sonntag nicht prinzipiell in Frage gestellt, es wird „nur“ gefordert, dieser Tag möge geöffnet werden für das, was dem heutigen Menschen zwar nicht gerade zur „seelischen Erhebung“ dient, wohl aber ihm viel Vergnügen bereitet und sich mehr und mehr zum Erlebnis ausgestalten lässt, nämlich einzukaufen. Darauf werde ich nachher noch eingehen.

Nur, das muss auch ganz klar gesagt werden: die Hauptgefährdung des Sonntages, von der dieses Ansinnen von Tourismus und Handel nur eine Folge ist, liegt darin, dass im gesellschaftlichen Bewusstsein der Sinn des Sonntages verloren zu gehen droht, dass es also zugleich und vor allem sozusagen eine innere Auszehrung des Sonntags gibt, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

Die Verfassungsformulierung von der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung mag zwar etwas eigenartig klingen, sie hält aber rahmenhaft zwei entscheidende Inhalte fest, ohne sie religiös festzulegen. Wir leben in einer pluralen Gesellschaft, die sich schwerlich darauf einigen könnte, wozu der Sonntag im Einzelnen und konkret zu gebrauchen ist. Aber einen gewissen Rahmen steckt das ab, und wir sollten es uns sehr sorgsam überlegen, wenn wir ihn verändern wollen. Verloren gehen Werte leicht, sie wieder zu gewinnen oder neue zu setzen, ist schwer, zumal für eine plurale Gesellschaft. Sie lebt weithin davon, dass es solche Werte aus der Überlieferung gibt oder dass sie von Gruppen in der Gesellschaft wahrgenommen und gestaltet werden. Der Staat kann diese Werte nur schützen. Das allerdings sollte er denn auch wirklich tun. Die Kirche ist herausgefordert, der Gesellschaft bewusst zu machen, welchen Wert der Sonntag hat, und ihn selbstverständlich selber zu feiern. Wer wenn nicht

Der Sonntag ist einer schleichenden Aushöhlung ausgesetzt.

sie! Denn sie ist es, die, wenn man so will, den Sonntag in die Welt gesetzt hat.

Sie hat das freilich nicht willkürlich und eigenmächtig getan. Es lohnt sich, ja, es ist unerlässlich, den Wurzeln des Sonntages nachzugehen, nach seinem woher und warum zu fragen, um dann auch die Frage nach dem wozu und wofür des Sonntags zu beantworten.

WARUM HABEN WIR EINEN SONNTAG?

Alles Leben vollzieht sich in einem Rhythmus. „Alles hat seine Zeit, und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde“, sagt der Prediger Salomo: „geboren werden hat seine Zeit, sterben hat seine Zeit, pflanzen hat seine Zeit, ausreißen, was gepflanzt ist, hat seine Zeit usw.“ Wie findet der Mensch den richtigen Rhythmus? Dafür bieten sich die astronomischen Gegebenheiten an, der Wechsel von Tag und Nacht, der grundlegenden Aktivität und Ruhe vorgibt, der Jahreskreislauf, in dem sich Saat und Ernte vollzieht, auch die Mondphasen, in denen man das Auf und Ab von Zunehmen und Abnehmen, wachsen und welken vorgezeichnet sah. Einzig die Woche als Zeitmaß leitet sich nicht von einer astronomischen Vorgabe ab, ist also in der Natur so nicht vorgezeichnet. Dafür aber ist dieser Wochenrhythmus um so eher seit Jahrtausenden, von keiner Kalenderreform wie der des Papstes Gregor berührt. In ihren religionsgeschichtlichen Anfängen nicht eindeutig fassbar, ist die Woche inzwischen zum Zeitmaß der Menschheit geworden. Zwar hat es schon einmal Bestrebungen gegeben, jedes Jahr einen Tag aus der Wochenzählung herauszunehmen als Weltfeiertag, damit in jedem Jahr das gleiche Datum auf den gleichen Wochentag fällt, aber das ist chancenlos und abwegig. Dagegen hat die UNO oder die Unesco vor etwa 30 Jahren eine andere Neuerung eingeführt, nämlich die Wochentage so zu zählen, dass der Sonntag nicht mehr als der erste Tag der Woche gilt, sondern als der letzte. So kann man Sonnabend und Sonntag, das die Engländer schon lange das Weekend nennen, zweckmäßiger zusammenfassen. Das scheint mir mehr eine technische Änderung zu sein. Juden machen sie ohnehin nicht mit. Für sie ist der Sabbat, der Samstag also, nach wie vor der siebente Tag der Woche, und christliche Kalender halten auch daran fest, den Sonntag als ersten und den Samstag als siebenten Tag anzugeben.

Die Woche ist nicht von einer Schöpfungsgegebenheit abhängig wie Tag und Jahr, sondern, sagt die Bibel in ihrem ersten Kapitel,

sie ist der Schöpfungsrythmus selbst, weil er Gottes Rhythmus ist. Im 1. Buch Mose 2,2 lesen wir: „So vollendete Gott am siebenten Tage seine Werke, die er machte, und ruhte am siebenten Tage von allen seinen Werken, die er gemacht hatte.“ Das ist ein höchst geheimnisvoller Satz. Er klingt zunächst so, als sei Gott nach sechs arbeitsreichen Schöpfungstagen selber erschöpft und müsse sich erst einmal ausruhen. Nun gut, die Bibel scheut sich nicht, so menschlich von Gott zu reden. Aber was soll dann die Feststellung, er habe am siebenten Tag seine Schöpfung vollendet? Beendet hat er sie ja nicht, vielmehr will diese Gliederung der Schöpfung in zunächst sechs Tagewerke bewusst machen, dass jede Woche ein Stück Schöpfung ist und der Mensch mit seinem Tagewerk daran beteiligt ist. Die Schöpfung geht weiter. Aber ihre Vollendung liegt nicht in diesen Werken, sondern in der Ruhe. Oder umgekehrt gesagt: Diese Ruhe ist nicht Schlaf – dafür ist die Nacht da – und auch nicht Leerlauf, Pause, Abschalten, sondern in der Ruhe Gottes liegt die Vollendung.

Der siebente Tag der Woche ist der Tag, an dem die Vollendung, der Sinn und das Ziel der ganzen Schöpfung in den Blick kommen. An diesem Tag, sagen die Zehn Gebote, soll der Mensch auch ruhen. Die Zehn Gebote werden uns in der Bibel in zwei Fassungen überliefert. Das dritte Gebot (in der üblichen Zählung): Du sollst den Feiertag heiligen hat in den beiden Fassungen zwei verschiedene Begründungen, die es verdienen, von uns beachtet zu werden. Zunächst die Fassung in Exodus 20: „Gedenke des Sabbattages, dass du ihn heiligst. Sechs Tage sollst du arbeiten (wörtlich: dienen) und alle deine Werke tun. Aber am siebenten Tag ist der Sabbat des Herrn, deines Gottes. Da sollst du keine Arbeit tun, auch nicht dein Sohn, deine Tochter, dein Knecht, deine Magd, dein Vieh, auch nicht dein Fremdling, der in deiner Stadt lebt. Denn in sechs Tagen hat der Herr Himmel und Erde gemacht und das Meer und alles, was darinnen ist, und ruhte am siebenten Tag. Darum segnete der Herr den Sabbattag und heiligte ihn.“

Das heißt: der Mensch soll an der Ruhe Gottes teilhaben und an die Vollendung der Schöpfung erinnert werden. Nicht in der Arbeit selbst liegt schon die Erfüllung des Daseins, so ausgefüllt ein Arbeitstag auch sein mag und so viel Erfüllung eine gute Arbeit uns auch bringen mag. Es gibt etwas darüber hinaus. Das ist die Beziehung zu Gott. Ihm gehört jeder siebente Tag. Gott hat ihn

Der siebente Tag der Woche ist der Tag, an dem die Vollendung, der Sinn und das Ziel der ganzen Schöpfung in den Blick kommen.

geheiligt, das heißt ausgesondert und zu seinem Eigentum erklärt. Darum heilige auch du ihn.

Mir ist bewusst, dass diese Begründung für den Feiertag an unseren Zeitgenossen ziemlich vorbeigeht. Aber wir haben diesen Ursinn des wöchentlichen Feiertages im Gedächtnis zu bewahren, wenn wir über den Zweck unseres Sonntages nachdenken. Die andere Begründung für die Sabbatheiligung steht in Deuteronomium 5: „Aber am siebenten Tag ist der Sabbat des Herrn deines Gottes. Da sollst du keine Arbeit tun, auch nicht dein Sohn, deine Tochter, dein Knecht, deine Magd, dein Rind, dein Esel, all dein Vieh, auch nicht dein Fremdling, der in deiner Stadt lebt, auf dass dein Knecht und deine Magd ruhen gleich wie du. Denn du sollst daran denken, dass auch du in Ägyptenland warst und der Herr, dein Gott, dich von dort herausgeführt hat mit mächtiger Hand und ausgerecktem Arm. Darum hat dir der Herr, dein Gott, geboten, dass du den Sabbattag halten sollst.“

Der Ausbeutung unserer Kräfte wird eine Grenze gesetzt und dem Menschen soll geholfen werden, sich auf das Ganze seines Lebens, das Wesentliche, ja, auf seine Würde zu besinnen.

Das ist gewissermaßen die soziale Begründung für den Sabbat. Man hat den wöchentlichen Feiertag als die älteste Sozialmaßnahme der Menschheit bezeichnet, weil sie allen zugute kommt, auch dem Knecht, dem Fremdling, ja sogar dem Vieh. Dieser Tag soll eine Erinnerung an die Freiheit sein. Die Bibel sieht in der Arbeit immer auch das Dienende, nicht so sehr die Selbstverwirklichung wie wir heute. Und noch etwas wird an dieser zweiten Begründung deutlich: das Sabbatgebot gilt zuerst Israel. Wie weit es auch uns gilt, die wir uns nicht auf die Befreiungsgeschichte aus Ägypten beziehen, sondern auf die Befreiungstat Jesu, als er für uns auferstand, das werden wir gleich noch fragen müssen.

In gewisser Weise könnte man diese beiden Begründungen des dritten Gebotes in der verfassungsmäßigen Bestimmung wiederfinden, der Sonntag diene der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung. Das meint ja auch: der Ausbeutung unserer Kräfte wird eine Grenze gesetzt und dem Menschen soll geholfen werden, sich auf das Ganze seines Lebens, das Wesentliche, ja, auf seine Würde zu besinnen.

Bekanntlich feiern wir nun aber den Sonntag, nicht den Sabbat. Die Moslems haben sich sechshundert Jahre später den Freitag als Versammlungstag bestimmt. Wie kommt das und wie ist das zu begründen? Es ist nur mit

dem tiefen Einschnitt zu begründen, den in der Tat die Auferweckung Jesu von den Toten bedeutet. Für Christen ist das der Anfang der neuen Schöpfung, des Himmelreiches, der neuen Welt Gottes. Jesu Auferstehung geschah am ersten Tag der Woche, nachdem er am Sabbat im Grabe geruht hatte und somit aus christlicher Sicht den Sabbat gleichsam endgültig erfüllt hat. Der erste Tag der Woche, der Sonntag, ist seitdem für alle, die an Jesus glauben und in ihm den Garanten Gottes sehen, in dem Gott selbst ist, der Tag des Herrn, lateinisch die Dominica, wie dieser Tag denn auch in allen romanischen Sprachen heißt. Im Russischen heißt er Woskresenje, das heißt wörtlich Auferstehung.

Zunächst wurde dieser Tag neben dem Sabbat begangen, als Versammlungstag der christlichen Gemeinde, noch ohne Arbeitsruhe. Der Sabbat wurde zwar beibehalten, doch ohne die Sabbatgesetze im Einzelnen zu befolgen, die ja sehr differenziert und streng sind. Davon fühlte man sich frei, einmal, weil Jesus dafür die Maßstäbe gegeben hatte, vor allem mit seinem Wort: Der Sabbat ist um des Menschenwillen da, und nicht der Mensch für den Sabbat. Zum anderen aber auch, weil man Jesus überhaupt als den Erfüller und als das Ende des Gesetzes ansah. Gottes Gebote gelten zwar weiter, aber nur als ethisches Grundmuster, das auf alle Menschen und Völker übertragbar war. Alle kulturellen Gebote galten als aufgehoben im wahrsten Sinne des Wortes, aufgehoben in dem Opfertod Jesu am Kreuz.

Erst im Laufe der Zeit wurde das, was am Feiertagsgebot das auf alle Menschen Übertragbare ist, nämlich im Rhythmus der Woche Zeit für Gott freizuhalten und die Arbeit immer wieder auch aus den Händen zu legen, auf den Sonntag übertragen. In dessen Feier sieht die Christenheit die angemessene Erfüllung des dritten Gebotes unter Berücksichtigung der von Jesu bewirkten neuen Lage. Von diesem Tage gilt fortan das, was das Alte Testament vom Sabbat sagt, nur verändert, erneuert, mit einer deutlichen Akzentverschiebung hin zur Freiheit. Es hat in der Christenheit – von bestimmten puritanischen Strömungen besonders in England einmal abgesehen – nie so eine strikte Feiertagsgesetzgebung gegeben wie etwa – was wir nur mit hohem Respekt beobachten können – im orthodoxen Judentum bezogen auf den Sabbat oder auch im heutigen Staat Israel. Das gilt besonders im Bezug auf das Arbeitsverbot und das Ruhen des öffentlichen Lebens.

Diese Freiheit im Umgang mit dem Sonntag hat auch eine Schattenseite, wie sich besonders im evangelischen Bereich zeigt. Wir kennen keine kirchlich verordnete Sonntagspflicht, und das kann ja auch Ausdruck evangelischer Freiheit sein. Aber die Auswirkungen sind kein Ruhmesblatt, und das nicht erst seit heute. Um aber auch dies bei der Gelegenheit einmal zu sagen: der Sonntagsgottesdienst erweist sich als auffällig stabil. Von den drei oft herangezogenen statistischen Parametern des kirchlichen Lebens, die Kirchengliedezahlen, das Finanzaufkommen und die Gottesdienstbeteiligung, ist nur die erste Größe echt besorgniserregend. Die beiden anderen nehmen keinesfalls in gleichem Maßstab ab, sondern weichen von der sinkenden Kurve der Gemeindegliedezahl signifikant ab. Der sonntägliche Gottesdienst ist auch für die Evangelische Kirche nach wie vor die stabilste regelmäßige Versammlungsform.

Das ist aber auch dringend nötig, wenn der Sonntag erhalten bleiben soll. Wenn wir Christen den Sonntag nicht ausreichend als Tag des Herrn begehen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn er von anderen mit anderen Zwecken ausgefüllt wird. Das gilt ähnlich auch von den christlichen Feiertagen.

BRAUCHEN WIR NOCH EINEN SONNTAG?

Nachdem wir gefragt haben: „Wo kommt der Sonntag her? Warum eigentlich Sonntag?“, soll nun von der gegenwärtigen gesellschaftlichen Wirklichkeit aus gefragt werden: Wozu Sonntag? Wie gehen wir mit ihm um? Anders ausgedrückt: Wenn wir den Sonntag als geschichtlich-kulturelle christliche Vorgabe akzeptieren, welche Aufgaben ergeben sich daraus in einer Zeit und in einer Gesellschaft, die diese Herkunft kaum kennt, und wenn sie sie zur Kenntnis nimmt, die darin liegenden Sinnvorstellungen nicht von vornherein übernimmt?

Lassen Sie mich aus einem Gedicht von Wolf Biermann zitieren: Kleinstadtsonntag, aus den Buckower Balladen: „Gehen wir mal hin? Ja, wir gehen mal hin. Ist hier was los? Nein, es ist nichts los. Herr Ober, ein Bier! Leer ist es hier. Der Sommer ist kalt. Man wird auch alt...Gehen wir mal rein? Na gehen wir mal rein. Siehst du heut' fern? Ja, ich sehe heut fern...“ So geht es noch einige Zeilen weiter.

Ich zitiere dieses Gedicht nicht, weil ich es immer noch für so unbedingt typisch halte. Es ist wohl über dreißig Jahre alt. Fernsehen

spielte schon eine Rolle, vielleicht sogar eine größere als heute. In dieser Kleinstadt ist nichts los. Aber es gibt inzwischen Unternehmen genug, die wollen, dass das nicht so bleibt. Es hat sich eine Freizeitindustrie entwickelt, die nach wie vor eine Wachstumsbranche ist. Es gibt riesige Freizeitparks. Den Sommer über kann man in unseren Ortschaften von einem Fest zum andern ziehen. Jede Stadt und bald jedes Dorf hat dafür Anlässe gefunden, nicht nur 175-Jahrfeiern, auch Brunnenfeste, Burgfeste, Spitzenfeste und dergleichen mehr, und allemal wird dabei der Sonntag mit strapaziert.

Ob da nicht nur Leere gegen Betriebsamkeit ausgewechselt wird, könnte man kritisch fragen. Ob der Unterschied zu Biermanns Kleinstadtsonntag nicht nur darin besteht, dass tatsächlich etwas los ist, wo man sich bedienen und die Zeit vertreiben lassen kann, ließe sich einwenden. Aber ich will das gar nicht negativ darstellen. Der Sonntag ist auch der große Tag der Vereinsaktivitäten, besonders auch im Sport. Da wird viel ehrenamtlicher Dienst ausgeübt, der unserer Gesellschaft sehr zugute kommt. Da wird auch viel Kreativität entfaltet. Was allen gemeinsam ist, den Vergnügungsuchenden und den Kreativen, ist die Einstellung: Sonn- und Feiertage – das ist die Zeit für mich. Da hat mir keiner reinzureden, was ich tun soll. Die Kirche schon gar nicht.

Hier liegt der eigentliche Umbruch im Bewusstsein der Menschen im Bezug auf den Sonntag. Das müssen wir schlicht zur Kenntnis nehmen. Der ursprüngliche Sinn, dass der Mensch im Feiertag die Grenzen seiner eigenen Wirkungsmöglichkeiten anerkennt und schlicht innezuhalten bereit ist, der ist kaum noch wirksam, vielmehr wird der Feiertag als mir selber gehörig empfunden, an dem ich jenseits von Alltagsstress und Fremdbestimmung, endlich tun und lassen kann, was ich will, was mir etwas bringt.

Mit dieser Grundhaltung müssen wir rechnen. Erzieherische Maßnahmen stehen dem modernen Staat nicht gut an. Es ist aber eine irri-ge Annahme, dem pluralistischen Zustand unserer Gesellschaft mit ganz verschiedenen Lebenskonzeptionen entspräche es am meisten, wenn wir im Blick auf den Sonntag alles freigäben. Jeder könne ihn sich dann ja so gestalten, wie es seinen Grundüberzeugungen entspricht. Was die einen tun oder lassen, betrifft andere in gewisser Weise immer mit. Das gilt besonders für Feiertage. Wenn etwa das Ladenschlussgesetz für den Sonntag aufgehoben würde, hieße das zum einen,

Der ursprüngliche Sinn, dass der Mensch im Feiertag die Grenzen seiner eigenen Wirkungsmöglichkeiten anerkennt und schlicht innezuhalten bereit ist, der ist kaum noch wirksam.

dass der Personenkreis, der dann am Sonntag arbeiten müsste, sich weiter vergrößert, d.h. dass die Zahl derer steigt, die den Sonntag nicht so gestalten können, wie es die Verfassung ermöglichen will. Sofern diese Menschen dadurch regelmäßig daran gehindert werden, am Gottesdienst teilzunehmen, käme sogar Artikel 4 (2) des Grundgesetzes in Betracht, der die ungestörte Religionsausübung gewährleistet. Für alle aber würde sich die Unruhe am Sonntag erhöhen. Der Straßenverkehr würde zunehmen, Zulieferungen würden stärker nötig, mehr Ausnahmegenehmigungen vom Sonntagsfahrverbot für den LKW-Verkehr auf den Autobahnen und der dergleichen mehr. Mit anderen Worten: Es wird darum gehen müssen, dem modernen Freizeitverhalten der Menschen so weit Rechnung zu tragen, wie es möglich ist, ohne den Sinn und das Wesen des Sonntags darüber zu verlieren. Dabei wird man neben den beiden verfassungsmäßigen Zielen der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung in unserer Zeit wohl die Bedeutung der Familie und der menschlichen Begegnung insgesamt besonders unterstreichen müssen. Unsere moderne arbeitsteilige Welt führt dazu, dass Menschen in einer Familie oder in anderen engen Gemeinschaften die ganze Woche über an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen Zeitrhythmen erleben, so dass der Sonnabend und der Sonntag für das Zusammenleben von unschätzbarem Wert sind.

Feiertage als Verfügungsmasse, um für die Pflegeversicherung eine bestimmte Finanzierung zu ermöglichen, war ein Alarmzeichen für einen falschen Umgang mit Feiertagen.

Der Freistaat hat bekanntlich bereits vor vier Jahren einen Vorstoß unternommen, der die Ladenöffnungszeiten insgesamt auszuweiten und sie dabei auch auf den Sonntag auszuweiten versucht. Ich weiß, dass das auch in der CDU selber auf erhebliche Kritik gestoßen ist. Ich maße mir nicht an, die wirtschaftlichen Erwägungen zu beurteilen, die dabei eine Rolle gespielt haben. Ob dadurch wirklich mehr Arbeitsplätze entstünden und zugleich eine Umsatzsteigerung erreicht würde, oder ob solche Neuregelungen nur den großen Handelsketten nützen würden und den kleineren Handelseinrichtungen eher Schaden zufügten. Ich nehme an, dass solche Gesichtspunkte in den angekündigten Statements nachher noch gebührend erwogen werden.

Was mich an diesen Ladenschluss-Vorstößen der sächsischen Staatsregierung besonders gestört, ja geärgert hat, ist der Umgang einer Regierung mit den eigenen Gesetzen. Deren Ausnahmeregelungen geradezu schlitzohrig auszuweiten und dadurch die Substanz eines Gesetzes infrage zu stellen, das war ein un-

würdiges Verfahren. 1999 hieß die Begründung: Tourismusförderung. Flugs wurden alle möglichen Orte zu Tourismuszentren erklärt und die erlaubte Warenliste grotesk weithin ausgelegt. Die Begründung im vorigen Jahr war einerseits etwas einleuchtender, hatte aber andererseits den fatalen Beigeschmack, hier werde eine Naturkatastrophe zum Vorwand genommen, um ein anderweitig motiviertes Ziel zu erreichen. So war das ganze Vogtland in die Ausnahmeregelung einbezogen, obwohl es von der Flut überhaupt nicht betroffen war. Solche Vorgehensweise gibt der Gesetzestreue schlechte Vorbilder. Wir brauchen uns dann nicht zu wundern, wenn der Bürger ebenfalls, z.B. bei seiner Steuererklärung, meint, gesetzliche Pflichten in seinem Sinne phantasievoll auslegen zu dürfen.

Vor vier Jahren hat die EKD die Bestrebungen, Sonntage verkaufsoffen zu machen, mit einer Kampagne abgewehrt. Vorher, als es um den Bußtag ging, hatte man das zunächst etwas verschlafen. Diese Sonntagskampagne – „Ohne Sonntag gibt es nur noch Werktage“ – hat offensichtlich etwas bewirkt. Übrigens, um auch das noch einmal zu sagen: die Beibehaltung des Feiertagsschutzes für den Bußtag war nicht nur offensichtlich ordnungspolitisch sinnvoll, sondern auch für unsere heutige Fragestellung ein Beispiel, das lobend erwähnt werden soll. Feiertage als Verfügungsmasse, um für die Pflegeversicherung eine bestimmte Finanzierung zu ermöglichen, war ein Alarmzeichen für einen falschen Umgang mit Feiertagen.

Lassen Sie mich einige Gesichtspunkte grundsätzlicher Art, die mir wichtig sind, noch einmal zusammenfassen:

1. Wer von der grundsätzlichen liberalen Position ausgeht, man solle gefälligst den Menschen selber überlassen, was sie in ihrer Freizeit tun und lassen wollen, der bedenke, dass das in letzter Konsequenz dem Grundwesen eines gemeinsam begangenen Feiertages überhaupt widerspricht. Den kann es nur geben, wenn dafür gemeinsame Regeln und das heißt immer auch Einschränkungen gelten.

2. Da es sich bei der Gefährdung des Sonntages um einen schleichenden Aushöhlungsprozess handelt, ist jedes Bemühen, einen Punkt zu finden, von dem man sagt: Bis hierher und nicht weiter, für sich genommen möglicherweise schlecht begründbar, aber das ist kein Argument, überhaupt darauf zu verzichten, sondern eher, eine verwilderte

Ausnahmepraxis wieder zurückzuschneiden. Die gesetzlichen Vorgaben selber sind nach wie vor ausreichend.

3. Die im Laufe der letzten Jahrzehnte erweiterte Freizeit auf in der Regel zwei Wochentage erlaubt es in ausreichendem Maße, die unterschiedlichen Erwartungen an diese Freizeit zum Zuge kommen zu lassen, ohne dass der Sonntag weiter in seinem Wesen angetastet wird. Zu diesem Wesen, auf das wir uns gesellschaftlich verständigen sollten, gehört neben den beiden in der Verfassung genannten Zielen der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung auch der familiäre, Gemeinschaft ermöglichende Aspekt.

4. Dem Sonntagvormittag, also der üblichen Gottesdienstzeit, gebührt ein ganz besonderer Schutz. Auch kulturelle, sportliche und andere gesellschaftliche Veranstaltungen sollten diese Zeit aussparen, also auf keinen Fall vor 11 Uhr beginnen. Denn hier schlägt das Herz des Sonntages. Der Gottesdienst ist nach wie vor seine Seele. Und wenn es nur ein Bruchteil der Bevölkerung ist, der sich da in den Kirchen versammelt, er tut für das ganze Volk einen Dienst. Dort, in den christlichen Gemeinden wird gleichsam das Feuer gehütet, damit der Sonntag nicht ausbrennt und zur leeren Hülse wird und seinen Sinn verliert. Aus christlicher Überzeugung sage ich: was dort eine Gemeinde tut, indem sie Gott die Ehre gibt und für die Menschen, übrigens auch für die Regierenden, betet, das kommt allen zugute. Daran dürfen wir nicht rütteln lassen. Der Sonntagvormittag gehört den Kirchgängern und meinetwegen den Langschläfern. Wir Christen sind sozusagen schon wach und aktiv, wo andere noch schlafen. Dies kleine Opfer an Bequemlichkeit gehört dazu. Das ist sogar unsere Christenaufgabe auch im übertragenen Sinne: zu wachen und die Woche mit dem Sonntag unter Gottes Verheißungen bereits zu beginnen, wo andere noch ausschlafen.

5. Der übrige Sonntag – sagen wir einmal ab 11 Uhr – steht für kulturelle Ereignisse wie Konzerte, Ausstellungen, Besichtigungen, für Gemeinschaftserlebnisse der verschiedensten Art in Familie und Freundeskreis, für Sportveranstaltungen und gesellschaftliche Aktivitäten im Rahmen der Vorschriften des Feiertagsgesetzes zu Verfügung.

6. Eine Ausweitung der Ladenöffnungsmöglichkeiten am Sonntag ist, unabhängig von der wirtschaftlichen oder arbeitsmarktpolitischen Begründung, der Ausdruck einer Kommerzialisierung mit weitreichenden Folgen für

alle, wie ich sie oben beschrieben habe. Hier gewinnt Jesu Wort eine neue Bedeutung: Der Sabbat ist um des Menschen willen da und nicht der Mensch für den Sabbat. Das heißt für unsere Zeit auch: Die Ökonomie, der Kommerz ist um des Menschen willen da und nicht der Mensch für die Ökonomie. Genauso wie schon vor 50 Jahren gesagt werden musste: Die Technik dient dem Menschen und nicht der Mensch der Technik. Der Sonntag ist geradezu das Zeichen für die Zweckfreiheit des Menschen.

Meine Damen und Herren, es geht um den Sonntag. Darüber, dass es der Tag des Herrn ist, der letztlich ihm gehört, werden wir uns in der heutigen Gesellschaft kaum verständigen können. Aber den Konsens über den Wert dieses Tages für uns Menschen sollten wir suchen. In diesem Tag liegt für uns alle die besondere Chance, zur Ruhe zu kommen, wesentlich zu werden und einander zu begegnen. Werte sind, ich wiederhole es, viel schneller verloren als gewonnen. Oft entdeckt man einen Wert erst, wenn er schon beinahe verloren ist. Vielleicht sind wir gegenwärtig schon an diesem Punkt. Dann lassen Sie uns darum ringen. Wir als Kirche bringen dabei unsere Kompetenz in Sachen Erinnern und Feiern ein. Aber alle sind gefragt, nicht zuletzt die Politiker.

Zum Schluss noch ein kleines Erlebnis vom vergangenen Sonntag: Ich bin seit einem reichlichen Vierteljahr Ruheständler, also von einem sozusagen notorischen Sonntagsarbeiter zum schlichten Kirchgänger geworden. Am letzten Sonntag traf ich auf dem Kirchweg einen anderen Kirchgänger, wir gingen zusammen unter dem Geläut der Glocken. Als ich ihm sagte: „Ich gehe noch diesen kleinen Umweg zum Briefkasten.“, da fragte er lächelnd: „Warum? Ist der Brief so eilig? Der Briefkasten wird zwar um 10.00 Uhr geleert, aber dafür muss einer zu der Zeit arbeiten und wird vom Gottesdienst abgehalten. Sollten wir das unnötig in Anspruch nehmen?“ Er wollte mich nur ein wenig nachdenklich machen. Denn Gedankenlosigkeit ist immer falsch, auch und gerade wenn es um den Sonntag geht. Dass sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU über diese Frage „Sonntag – wozu?“ Gedanken macht, das ehrt ihn. Mit meinem Artikel möchte ich nichts anderes als zu diesem Nachdenken beizutragen.

In diesem Tag liegt für uns alle die besondere Chance, zur Ruhe zu kommen, wesentlich zu werden und einander zu begegnen.

*Anm.:
Thomas Küttler war Superintendent
von Plauen, Mitglied der EKD-Synode
und Vizepräsident der sächsischen
Landessynode*



Die Leipziger Universitäts- kirche St. Pauli. Der Streit um den Wieder- aufbau

Eckhard Koch

*Der Höhepunkt
kultureller Säube-
rung unter dem
SED-Regime
Ulbrichts harrt
noch immer der
Wiedergut-
machung.*

*„Ich hungere momentan zu sehr, wirklich!
Leben tue ich nicht von Brot allein, wirklich!
Meine Seele wird hungern, wirklich!
solange, solange noch die Buddha-Statuen
nicht auferstanden sind, wahrlich wahrlich!“ [1]*

Im Frühjahr 2001 zerstörten die Taliban die Buddha-Statuen von Bamian. Die Bewohner des Bamian-Tales, die schiitischen Hazara, waren von den Taliban bekämpft und vertrieben worden. Jetzt kehren die Hazara in ihr Tal zurück und denken trotz Hunger und Elend an den Wiederaufbau der Buddha-Statuen, die sie als Teil ihrer kulturellen Identität ansehen. Die anfangs zitierten Zeilen aus einem afghanisch-deutschen Internet-Forum spiegeln die dort vorherrschende Meinung wider, dass diese Statuen rekonstruiert werden müssen.

Während dieser Akt kultureller Säuberung bald geheilt sein könnte, harrt der Höhepunkt kultureller Säuberungen unter dem SED-Regime Ulbrichts in der DDR, die Zerstörung der Leipziger Universitätskirche im Jahre 1968, noch immer der Wiedergutmachung.

Im Folgenden werden die Geschichte und Bedeutung der Universitätskirche, die Vorgeschichte ihrer Zerstörung und der Widerstand dagegen sowie der gegenwärtige Streit um den Wiederaufbau dargestellt.

GESCHICHTE UND BEDEUTUNG

1229 erhält der Dominikanerorden die Erlaubnis, in Leipzig ein Kloster zu bauen. Als Klosterkirche entstand eine Bettelordenskirche, die 1240 zu Ehren des Apostels Paulus vom Erzbischof Hildebrand von Magdeburg geweiht wurde. Der Bau bestand aus einem dreischiffigen flachgedeckten Langhaus mit sieben Jochen und einem einschiffigen gewölbten Chor mit 5/8 Chorabschluss. Obwohl die Kirche mehrfach umgebaut wurde, blieb der Grundriss im Wesentlichen unverändert.

1409 kommen aus Prag Professoren und Studenten und gründen die Leipziger Universität, die heute die zweitälteste deutsche Universität mit ununterbrochenem Lehrbetrieb ist. Die Dominikaner gewähren ihnen Unterkunft. Seit dieser Zeit wurde die Kirche auch für akademische Akte genutzt.

1485 – 1488 werden die Seitenschiffe und die Pfeiler erhöht und ein Sternnetzrippengewölbe eingezogen. Die Gewölbe und die Innenraumgestalt blieben in den folgenden Jahrhunderten im Wesentlichen erhalten. 1519 – 1521 wird der alte einschiffige Chor durch eine dreischiffige netz- und sterngewölbte Halle von drei Jochen ersetzt.

1539 wird in Leipzig die Reformation eingeführt. Die Stadt wollte die Klosteranlagen abbrechen. Caspar Borner, der Rektor der Universität, erreichte, dass Herzog Moritz von Sachsen 1543 die gesamte Klosteranlage der Universität schenkte, wobei die Kirche durch die Universität zunächst vor allem als Aula genutzt wurde. 1545 widmete Luther die Kirche gottesdienstlichen Zwecken. Er predigte über Lukas 19,41: „Und als er nahe hinzukam, sah er die Stadt an und weinete über sie.“

Die Kirche diente nun hauptsächlich als Aula der Universität, z.B. wurden hier Promotionen und Disputationen abgehalten. Von der vorreformatorischen Zeit bis ins 19. Jahrhundert war sie auch traditionelle Begräbnisstätte der Leipziger Universitätsprofessoren. Schon Otto von Münsterberg, der erste Rektor der Leipziger Universität, wählte 1416 seine Grabstätte in der Paulinerkirche.

Anfang des 18. Jahrhunderts wurde der regelmäßige akademische Gottesdienst in der Universitätskirche eingeführt. In die Kirche wurden doppelgeschossige Emporen und eine künstlerisch hervorragende barocke Kanzel eingebaut. 1831-1836 wird südlich der Universitätskirche nach Plänen von Geutebrück und Schinkel das klassizistische Augusteum als Hauptgebäude der Universität errichtet, das Ende des 19. Jahrhunderts im Stil der Neorenaissance umgebaut wird. In diesem Zusammenhang wird auch der Ostgiebel der Universitätskirche nach Plänen von Roßbach in Anlehnung an die Fassade des Domes von Orvieto neugotisch gefasst. Der Raum selbst wird in seiner spätgotischen ursprünglichen Form belassen, er erhält eine neogotische Ausmalung.

Im Zweiten Weltkrieg wurden viele Gebäude am Augustusplatz stark beschädigt, so das Augusteum und das Bildermuseum. Die Universitäts-

kirche blieb jedoch nahezu unbeschädigt erhalten. Es ist Theologieprofessoren zu verdanken, dass sie und ihre Helfer Brandbomben sofort entfernten. Sie besaß eine reiche Ausstattung mit Grabdenkmälern, Skulpturen, Epitaphien und Gemälden, in ihr standen ein spätgotischer Schnitzaltar, die größte Leipziger Orgel und eine weitere, kleinere Orgel.

Die Universitätskirche war der einzige im 20. Jahrhundert noch erhaltene Bau aus der Gründungszeit der Universität und repräsentierte seit dieser Zeit in besonderer Weise die Geistes- und Universitätsgeschichte. Namen wie Luther, Bach, Leibniz, Goethe, Schumann, Mendelssohn-Bartholdy, Wagner, Heisenberg und viele andere sind mit ihr verbunden. Beispielsweise war die Universitätskirche neben St. Thomas die Wirkungsstätte von Johann Sebastian Bach, der hier 1729 die Motette „Der Geist hilft unserer Schwachheit auf“ uraufführte.

Im Dezember 1943 war die katholische Propsteikirche bei einem Bombenangriff zerstört worden. Seitdem war die Universitätskirche auch die Kirche der katholischen Propsteigemeinde. Anfang 1946 wurde zwischen der Theologischen Fakultät der Universität und der Propsteigemeinde ein Mietvertrag abgeschlossen. Seitdem wurde die Universitätskirche ökumenisch und völlig problemlos von der Theologischen Fakultät, der evangelischen Universitätsgemeinde, der katholischen Propsteigemeinde und beiden Studentengemeinden genutzt. Außerdem war die Universitätskirche Heimstatt des Universitätschores unter Professor Friedrich Rabenschlag, und in ihr fanden auch zahlreiche andere kirchenmusikalische Veranstaltungen statt. An ihr wirkten der evangelische Universitätsorganist Robert Köbler und der katholische Kirchenmusiker Georg Trexler.

Das Augusteum wurde nach dem Krieg teilweise wieder instand gesetzt, so dass in ihm der Lehrbetrieb wieder stattfinden konnte, und es sollte zunächst wieder vollständig aufgebaut werden. Die Gefahren für die Universitätskirche begannen, als das Politbüro der SED 1959 beschloss: „Das Universitätshauptgebäude wird in seiner Substanz erhalten und vor weiterem Verfall geschützt. Es wird wieder Universitätszwecken zugeführt. Die an das Augusteum anschließende Universitätskirche ist auf einen rückwärtigen Standort zu versetzen, um auch die Westseite des Karl-Marx-Platzes durch die Bebauung des alten Standortes einheitlich zu gestalten.“



ZERSTÖRUNG UND WIDERSTAND

Während die SED die Gebäude zunächst erhalten wollte, gelang es der Universität, den Abbruch durchzusetzen, so dass der Stadtrat auf Veranlassung der SED beschloss: „Außerdem ergaben mehrfache Verhandlungen mit der Karl-Marx-Universität, dass der Wiederausbau des teilzerstörten Universitätshauptgebäudes keine zweckmäßige, wirtschaftliche und ausreichende Lösung ihrer Raumbedürfnisse bringt. Sie schlug vor, ihr die gesamte Fläche zwischen Karl-Marx-Platz und Universitätsstraße zur Errichtung eines neuen großzügigen, in die Architektur des sozialistischen Platzensembles eingefügten Universitätskomplexes zur Verfügung zu stellen, das heißt, den jetzigen Bestand an Bauten einschl. der Universitätskirche abzubrechen“. Mit Ulbrichts Entscheidung für den Abriss war das Schicksal der Universitätskirche besiegelt.

Gegen die Abrisspläne wandte sich von Anfang an mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln das Institut für Denkmalpflege in Dresden. Ebenso kam starker Widerstand von der Theologischen Fakultät, der Evangelischen Landeskirche und

von der katholischen Kirche. Der Dekan der Theologischen Fakultät war bis zuletzt mit all seiner Kraft gegen den Abriss eingetreten. Unerwartet stark waren aber auch die Proteste aus breiten Kreisen der Leipziger Bevölkerung.

Am 23. Mai 1968, dem Himmelfahrtstag, wird vom Stadtrat die Sprengung der Universitätskirche beschlossen. Die einzige Gegenstimme kam von einem Pfarrer, der, wie sich noch 1989 herausstellte, jahrelang als IM für die Stasi gearbeitet hatte. Zur gleichen Zeit wie die Stadtverordnetenversammlung fand in der Universitätskirche der Himmelfahrtsgottesdienst statt. Die Kirche war überfüllt. Ich erinnere mich noch an die sehr gedrückte Stimmung.

Die Sprengung wird nun in großer Eile vorbereitet. Bereits 30 Minuten nach dem Gottesdienst wird die Kirche von der Polizei gesperrt, noch ehe der Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung gefasst war. Die Eile, mit der die Sprengungsvorbereitungen vorangetrieben wurden, ließ eine ordnungsgemäße Bergung der Kunstschätze nicht zu. So konnte in den zur Verfügung stehenden 25 Stunden nur die kleine Orgel, nicht aber die große geborgen werden. Trotz der sehr widrigen Umstände wurden immerhin rund 100 Kunstwerke oder Fragmente gerettet.

Mit Ulbrichts Entscheidung für den Abriss war das Schicksal der Universitätskirche besiegelt.

Der Grund für die Eile der Sprengungsvorbereitungen ist in den erwarteten Protesten zu sehen. Insbesondere die Proteste der Bevölkerung überstiegen dann aber das erwartete Ausmaß noch bei weitem. So versammelten sich seit dem 23. Mai täglich Hunderte von Menschen vor der Universitätskirche auf dem Karl-Marx-Platz, um friedlich gegen den Abriss zu demonstrieren. Die Polizei ging mit großer Brutalität vor, zahlreiche Personen wurden festgenommen. Die Proteste wurden im Westen kaum beachtet, und sie hatten mit der westdeutschen 68er Protestbewegung nichts gemein. Sahen doch vielfach die westdeutschen 68er in ihrer sozialistischen Verblendung in der DDR die gegenüber ihrem eigenen Staat bessere Alternative, während wir Leipziger dagegen protestierten, dass uns von diesem totalitären Staat ein Stück unserer kulturellen Identität geraubt werden sollte.



Am 30. Mai 1968, 10 Uhr wurde die Leipziger Universitätskirche St. Pauli in einem brutalen Akt kultureller Säuberung gesprengt. Die Trümmer von Universitätskirche und Augusteum wurden in aller Eile und streng bewacht in eine Sandgrube geschafft und mit anderem Bauschutt bedeckt. Dadurch sind sie einerseits nicht leicht zugänglich, aber andererseits vor Witterungseinflüssen geschützt, so dass sich eine Bergung lohnen könnte.

Ulbrichts SED glaubte sich nun am Ziel, den Widerstand gegen die sozialistische Umgestaltung des Karl-Marx-Platzes und der Karl-Marx-Universität gebrochen zu haben. Tatsächlich ging zwar die friedliche Revolution im Herbst 1989 von der gleichen Stelle aus wie die Leipziger Proteste 1968, die als eine Vorstufe anzusehen sind, die Leipziger Universität spielte aber auch im Herbst 1989 wieder keine positive Rolle. Beispielsweise trug ein heute führender Kunsthistoriker der Leipziger Universität 1968 als Student und SED-Genosse zur Verhinderung der studentischen Proteste gegen die Kirchensprengung bei. In den 1980er Jahren habilitierte er sich über die sozialistische Umgestaltung der Städte in der DDR von 1950 bis 1970.

Noch nach der Wende wollte er die architektonisch jämmerlichen Nachfolgerbauten des gesprengten Augusteums und der gesprengten Universitätskirche unbedingt erhalten wissen. In Kenntnis seiner strikten Ablehnung des Wiederaufbaus der Universitätskirche machte ihn die Universitätsspitze zum Leiter der universitären Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Architekturwettbewerbs zur Umgestaltung der Westseite des Augustusplatzes (des früheren Karl-Marx-Platzes).

FORDERUNG NACH WIEDERAUFBAU

Als besonders spektakulär gilt eine Aktion, an der ich beteiligt war: Am 20. Juni 1968 entrollte sich während der Abschlussveranstaltung des Internationalen Bachwettbewerbs in der Leipziger Kongresshalle vor 1800 Zuschauern ein Plakat mit der Umrisszeichnung der Universitätskirche und der Aufschrift: „Wir fordern Wiederaufbau“.

Diese Forderung machte der Paulinerverein mit seiner Gründung 1992 zu seinem Vereinsziel. Am Platz der gesprengten Universitätskirche und des Augusteums stehen Gebäude, die schon jetzt abbruchreif sind. Bis zum 600jährigen Jubiläum der Leipziger Universität im Jahre 2009 soll deshalb das Areal neu bebaut werden. Vorgesehen ist auch ein Aulagebäude an der Stelle, wo die Universitätskirche stand. Damit müsste auch der Weg für deren Wiederaufbau frei sein, aber weit gefehlt! Die Universität fand zwar schöne Worte über das Erinnern an die Kirche. Sie schrieb aber ohne ausreichende Diskussion in der Öffentlichkeit 2001 einen Architektenwettbewerb aus, dessen Rahmenbedingungen einen Wiederaufbau der Universitätskirche nicht zuließen. Dieser Wettbewerb war auch sonst so restriktiv formuliert, daß keine architektonisch befriedigende Lösung zu erwarten war.

Die Forderung des Paulinervereins nach Wiederaufbau erhielt eine wichtige Unterstützung durch Medizin-Nobelpreisträger Günter Blobel (New York). Blobel hat sein Nobel-Preisgeld für den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche gespendet und sich dadurch und durch sein persönliches Engagement in Sachsen starke Sympathien erworben. 2001 forderte er zusammen mit 26 weiteren Nobelpreisträgern in einem Aufruf den Wiederaufbau der Universitätskirche. Im Frühjahr 2002 wurde Blobel Vorsitzender des Paulinervereins.

AKTUELLE SITUATION

Im Mai 2002 entschied das Preisgericht, im Architektenwettbewerb für die neuen Universitätsgebäude keinen 1. Preis zu vergeben. Den 2. Preis erhielt ein Entwurf ohne Beziehung zur gesprengten Universitätskirche, der als Aulagebäude einen Glaskubus vorsieht. Nachbesserungsversuche gerieten zu Erinnerungskitsch.

Die Sächsische Staatsregierung beschloss nach dem Wechsel von Ministerpräsident Kurt Biedenkopf zu Georg Milbradt einstimmig, die Option eines Wiederaufbaus der Universitätskirche zuzulassen. Daraufhin traten der Rektor der Uni-

versität und seine drei Prorektoren zurück. In dem Leipziger „Kulturkampf“ wird die Gegnerschaft des Wiederaufbaus teilweise von einem aggressiven Atheismus geprägt, der mich an dunkle DDR-Zeiten erinnert. So gebrauchte der Alt-Rektor und jetzige SPD-Landtagsabgeordnete Cornelius Weiss das groteske Argument, die Staatsregierung wolle mit dem Wiederaufbau der Universitätskirche Leipzig auf kaltem Wege christianisieren. Die Universität zeigte sogar Befürworter des Wiederaufbaus, die sich kritisch über die Universitätsleitung geäußert haben, wegen angeblicher Beleidigung bei der Staatsanwaltschaft an, um eine öffentliche Diskussion zu beschneiden. In Leipzig hat sich inzwischen eine rote Einheitsfront gebildet: Die Mehrheit aus SPD und PDS im Stadtrat hat sich in einem Stadtratsbeschluss gegen den Wiederaufbau ausgesprochen und wird darin vom Oberbürgermeister Tiefensee (SPD) unterstützt.

Wiederum im Verborgenen wird jetzt eine Wettbewerbsergänzung vorbereitet. Es ist zu hoffen, dass sich die Universität mit ihrer geschichtsvergessenen Haltung nicht doch noch durch-

setzt und damit ihren internationalen Ruf nachhaltig ruiniert. Wenn die Universität im Jahre 2009 ihr 600-jähriges Bestehen feiern will, muss sie an ihre reiche geistesgeschichtliche Tradition sichtbar anknüpfen und die Universitätskirche St. Pauli wieder aufbauen. Sie trüge ihre kulturelle Identität zu Grabe, wenn sie nicht endlich mit Ulbrichts Kulturbarbarei bräche!

*Anm.:
Dr. habil. Eckhard Koch ist
Privatdozent an der TU-Dresden*

Anmerkungen:

- [1] www.afghan-german.de/forum/topic.asp?TOPIC_ID=91
- [2] Hütter, Elisabeth: Die Pauliner-Universitätskirche zu Leipzig: Geschichte und Bedeutung; Weimar 1993, 179 S.
- [3] Winter, Christian: Gewalt gegen Geschichte, Der Weg zur Sprengung der Universitätskirche Leipzig; Leipzig 1998, 345 S.
- [4] Koch, Dietrich: Das Verhör, Zerstörung und Widerstand; 2. Aufl. Dresden 2001, 664 S.

Wenn die Universität ihr 600-jähriges Bestehen feiern will, muss sie an ihre reiche geistesgeschichtliche Tradition sichtbar anknüpfen.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU



Pressemitteilung vom 29. 10. 03

Gegen die willkürliche Zuweisung der Menschenwürde

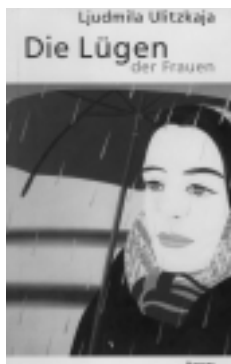
Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB, erklärt vor dem Hintergrund des Berichtes der F.A.Z. zu Äußerungen der Bundesjustizministerin Renate Zypries (SPD), dem im Reagenzglas gezeugten Embryo nicht länger vom Zeitpunkt der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle an Menschenwürde zuzusprechen:

„Wenn die Bundesregierung beabsichtigt, den bisherigen Schutz des menschlichen Embryos zu relativieren, indem sie ihm nicht mehr vom Zeitpunkt der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle an das volle Schutzrecht zusprechen will, untergräbt sie automatisch den bisher verfassungsmäßig garantierten Schutz der Menschenwürde. Die Folgen hiervon wären unabsehbar.

Deutschland steht hier am Rubikon einer verheerenden Biopolitik, die mit den Mitteln juristischer und interessenpolitischer Definitionsgewalt bereit ist, willkürlich über menschliches Leben zu verfügen. Allzu klar und durchsichtig ist auch die Motivation hinter einer solchen Politik: In Wirklichkeit geht es der Regierung um die wirtschaftliche Verwertung, die sich aus den Potentialen der verbrauchenden Embryonenforschung ergeben könnten.

Demgegenüber ist eindeutig klar zu stellen: Menschenwürde darf nicht interessengeleitet und von außen zugewiesen werden. Das Recht auf den Schutz der Menschenwürde wird genau dann untergraben, wenn man durch letztlich beliebige begriffliche Deutungsmacht vermeintliche Stufen des vollgültigen Menschseins bestimmen will.

Wer Menschenwürde abstufen und zumessen will, öffnet der Unmenschlichkeit Tür und Tor. An die Stelle der unbedingten Achtung vor jedem menschlichen Leben würde ein Denken in den Kategorien der Ver Zwecklichung treten. Dem ist vom Standpunkt des christlichen Glaubens aus vehement zu widersprechen. Der EAK der CDU/CSU weiß sich einig mit den Kirchen und fordert darum: Menschenwürde muss grundsätzlich, und zwar mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle an, gelten oder sie gilt nur noch auf dem Papier.“



Evangelisches Leserforum

Ljudmila Ulitzkaja
Die Lügen der Frauen

Carl Hanser Verlag, München, Wien 2003
16,80 Euro
ISBN: 3-446-20360-5

Eine Tickermeldung machte mich auf diesen neuen Erzählungsband aufmerksam: „Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat sich auf der Frankfurter Buchmesse besonders für das Buch „Die Lügen der Frauen“ der russischen Autorin Ludmilla Ulitzkaja interessiert. „Warum lügen sie anders als Männer? Das ist die Frage aller Fragen.“ Neugierig gemacht auf das Partnerland der diesjährigen Frankfurter Buchmesse, galt es ein Beispiel der russischen Gegenwartsliteratur zu entdecken.

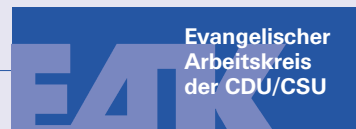
In einem Vorwort der russischen Ausgabe beschreibt die Autorin den Unterschied zwischen den männlichen und den weiblichen Lügen. Das literarische Urbild des männlichen Lügners ist

Odysseus, der die ganze Welt, Männer wie Frauen, belog und betrog. Das Urbild der Lügnerin ist seine Ehefrau Penelope, die tagsüber das Leichentuch für ihren Schwiegervater Laertes webte – und es nachts wieder auftrennte, um so ihre Freier hinzuhalten. Das war auch eine Form von Betrug und Lüge, mit dem Ziel, ihrem Mann die Treue zu halten. Laut Ludmilla Ulitzkaja hat die männliche Lüge ein pragmatisches Ziel. Odysseus hatte eine Aufgabe – er musste es schaffen, allen Hindernissen zum Trotz heimzukehren. Dazu musste er mit List und Tücke vorgehen, sich schlagen, töten. Er verfolgte ein konstruktives, eigennütziges Ziel. Die weibliche Lüge, über die Ulitzkaja schreibt, hat keine solchen eigennützi- gen Ziele – sie wird vom Gefühl gesteuert.

Erzählt wird die Geschichte von Shenja, der die Frauen gleich reihenweise von ihren traurigen Geschichten berichten. Die jedoch sind immer erlogen. Als Shenja aufgrund eines Verkehrsunfalls an den Rollstuhl gefesselt wird, muss auch sie sich die „Kunst zu leben“ neu erkämpfen, um nicht in eigenen Lebenslügen zu versinken. Eine der meistdiskutierten Neuerscheinungen verdient es als Lesegenuss entdeckt zu werden.

Silke Adam

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU



Pressemitteilung vom 2. 12. 03

EAK setzt Forderung für Kopftuch- verbot auf CDU-Parteitag durch

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB, begrüßt ausdrücklich den Beschluss des CDU-Parteitages für ein Kopftuchverbot an staatlichen Schulen und Erziehungs- einrichtungen.

Der EAK hatte auf dem Bundesparteitag in einem eigenen Antrag das Verbot des Kopftuchtragens für Lehrerinnen und Erzieherinnen gefordert. Diesem Anliegen schloss sich der Bundesparteitag der CDU nahezu einstimmig an. Damit sind nun alle 16 Bundesländer aufgefordert, mit einer gesetzlichen Regelung das Verbot durchzusetzen.

Rachel: „Der Beschluss des Bundesparteitages zur Forderung eines Kopftuchverbotes ist ein großer Erfolg für den EAK. Mit dem eindeutigen Votum des Parteitages erwarten wir jetzt von allen Bundesländern, vor allem den unionsgeführten Ländern, dass sie gemeinschaftlich beim Kopftuchverbot handeln und damit Rechtseinheitlichkeit in ganz Deutschland herstellen. Das sind wir unseren Kindern und Jugendlichen im Namen von Freiheit, Gleichberechtigung und erfolgreichen Integrationsbemühungen schuldig“.

Der EAK-Bundesvorsitzende Rachel widersprach damit auch der Fraueninitiative („Aufruf wider eine Lex Kopftuch“) unter der Leitung der ehemaligen Bundestagspräsidentin, Rita Süßmuth, die sich gegen ein Kopftuchverbot ausgesprochen hatte.

Aus unserer Arbeit

Der Evangelische Arbeitskreis auf dem 17. Parteitag der CDU in Leipzig

„Deutschland kann mehr“ – so lautete das Motto des 17. Parteitages der CDU, der vom 30.11. – 2.12.2003 auf dem Messegelände in Leipzig stattfand. Auch der Evangelische Arbeitskreis war in Leipzig vertreten: Mit seinem Stand unter dem Motto „EAK –



Zu Gast am EAK-Stand: Generalsekretär *Laurenz Meyer*; neben ihm: *Julia Scheel* und *Christian Meißner*

Das lebensnotwendige Vitamin „C“ in der Union stärken!“ zeigte er Präsenz. Die vorbeiziehenden Besucher wurden gebeten, auf bereitliegenden Kärtchen, den Satz „Das „C“ im Namen der Union bedeutet für mich ...“ zu vervollständigen. Als Dank erhielten sie eine



v. l.: *Christian Meißner*, *Jochen Borchert*, *Arnold Vaatz*



Thomas Rachel spricht zu den Delegierten.

Ration Vitamin C in Form eines Päckchens Orangensaft. Die Beteiligung an der Standaktion war sehr rege, und so war der EAK-Stand gegen Ende des Parteitages mit ausgefüllten Kärtchen „tapeziert“. Auch wenn es sich hierbei um keine repräsentative Umfrage handelte, so wurde doch deutlich, dass die Sehnsucht nach verlässlichen Werten – nicht immer wurden sie jedoch ausdrücklich als „christliche“ Werte bezeichnet – sehr groß ist. Solidarität, Nächstenliebe, Toleranz und Anlehnung der Politik an ein christliches Menschenbild sind nur einige Schlagworte, die von den Parteitagsgästen genannt wurden. Daraus wird deutlich, dass das „C“ im Parteinamen der Union keineswegs als antiquiert und überholt eingeschätzt wird. Das Ergebnis der Umfrage ermutigt vielmehr dazu, weiterhin daran zu arbeiten, wie wir als Evangelischer Arbeitskreis und wie die Partei insgesamt das „C“ in programmatischen Debatten und im politischen Alltag sinn- und verantwortungsvoll einbringen können.

Wer mehr über den EAK wissen wollte, konnte sich Informationsmaterial mitnehmen oder direkt das Gespräch mit den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle oder mit dem Bundesvorsitzenden suchen. Ferner informierte der EAK über die beiden Anträge, die er auf dem Parteitag einbrachte.

Bereits am Sonntagabend hatte der EAK zu seinem traditionellen

Vereinigungstreffen in das Gemeindehaus der Ev.-reformierten Kirche zu Leipzig geladen. Bei Adventsgebäck, Stollen und Kaffee und Tee berichtete der Bundesvorsitzende, Thomas Rachel, den gut 30 Anwesenden unter anderem über die beiden Anträge des EAK auf dem Bundesparteitag. Der ehemalige Bundesvorsitzende, Jochen Borchert, gab ein Stimmungsbild aus der Antragskommission, Ilse Falk MdB äußerte sich zum Antrag der Frauen Union, den der EAK unterstützt hatte. Der Abend klang anschließend für viele mit einem Treffen ihrer Landesverbände aus.

Am darauf folgenden Tag – nach der Hauptrede der Parteivorsitzenden Angela Merkel – machte Thomas Rachel in seinem Redebeitrag vor den über 1000 Delegierten deutlich, dass das „C“ kein schmückendes Beiwerk sei, kein Luxus irgendwelcher so genannter Frommen, sondern ein überlebensnotwendiges Vitamin C, ohne das die Partei inhaltslos und beliebig werde.

Insgesamt war der 17. Parteitag der CDU in Leipzig ein voller Erfolg – auch für den Evangelischen Arbeitskreis.

Familie stärken, Kinder fördern, Zukunft gestalten

Landestag des EAK Baden-Württemberg verabschiedet Resolution zum Thema Familie

„Eine neue Wertschätzung für die Familie“, forderte Ministerpräsident Erwin Teufel als Hauptredner des diesjährigen Landestages des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Baden-Württemberg in Stuttgart. Ehe und Familie seien das wichtigste Fundament unserer Gesellschaft



v. l.: Thomas Rachel, Ministerpräsident Erwin Teufel, Prof. Arved Dehringer, Hans-Michael Bender, Prof. Dr. Hans Martin Pawlowski

und es sei jetzt die Zeit, das Ruder entsprechend herumzureißen.

Der EAK-Landesvorsitzende Hans-Michael Bender bedankte sich für die Unterstützung des Ministerpräsidenten und unterstrich, dass der EAK eine Resolution zum Thema Familie erarbeitet habe, um „den unersetzbaren Wert, den die Familie für unser Gemeinwesen und seine Zukunft besitzt, mit aller Deutlichkeit herauszustellen, das Bewusstsein hierfür zu schärfen und dafür innerhalb der CDU und in der Öffentlichkeit vehement zu werben“. „Unser Ziel als EAK ist es“, so Bender weiter, „zu erreichen, dass Ehe und Familie, Eltern und Kinder eine kraftvolle Lobby in der Politik haben“. Die Resolution mit dem Titel „Familie stärken, Kinder fördern, Zukunft gestalten“ wolle daher zu einem neuen politischen Paradigma hinführen.

Weitere Redner wie der EAK-Bundesvorsitzende Thomas Rachel MdB, für die Kirchen Oberkirchenrat Dieter Oloff sowie der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb, und der Erste Bürgermeister der Stadt Stuttgart, Dr. Klaus Lang, unterstützten das Motto des Landestages. Eine gottesdienstliche Feier mit den Pfarrern Manfred Bittighofer und Johannes Bräuchle sorgte für

den geistlichen Mittelpunkt der Landestagung. Die von einer theologischen Arbeitsgruppe um Oberkirchenrat i.R. Klaus Baschang und dem EAK-Landesvorstand erarbeitete Resolution wurde nach einer intensiven Diskussion vom Landestag angenommen. Interessierte können das Papier nach redaktioneller Endfassung durch den EAK-Landesvorstand ab sofort bei der CDU-Landesgeschäftsstelle unter 07 11-66 90 40 anfordern. Ein weiterer Höhepunkt der Tagung war die einstimmige Ernennung von Professor Arved Dehringer zum weiteren EAK-Ehrenvorsitzenden neben Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski.

Treffen mit dem neuen Ratsvorsitzenden der EKD, Wolfgang Huber, und führenden Pietisten

Bei seinem Antrittsbesuch beim neuen Ratsvorsitzenden der EKD im Konsistorium der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg wünschte der Bundesvorsitzende des EAK, Thomas Rachel, Bischof Wolfgang Huber noch einmal persönlich alles Gute für das neue Amt an der Spitze des deutschen Protestantismus. In dem über einstündigen Gedankenaustausch, an dem auch der EAK-Bundesgeschäftsführer Christian Meißner teilnahm, wurde eine breite Themenpalette erörtert, die von den so wichtigen Fragen der Bioethik



v. l.: Wolfgang Baake, Thomas Rachel und Hartmut Steeb



v. l.: Ratsvorsitzender Bischof Wolfgang Huber und Thomas Rachel

bis hin zu den Ereignissen um den Ausschluss des Abgeordneten Hohmann reichte. Rachel dankte Bischof Huber für die jahrelange gute Zusammenarbeit mit dem EAK und brachte seinen Wunsch zum Ausdruck, dass die gedeihlichen Beziehungen zum Ratsvorsitzenden und zur EKD auch künftig weiter intensiviert werden.

Kurz zuvor hatte sich der Bundesvorsitzende mit Hartmut Steeb von der Evangelischen Allianz und Wolfgang Baake vom christlichen Medienverbund KEP zu einem Gesprächsfrühstück in der CDU-Bundesgeschäftsstelle getroffen. Rachel bekräftigte gegenüber den beiden prominenten Vertretern des Pietismus, dass dem EAK daran gelegen sei, in Zukunft noch engere Kontakte zu den evangelischen Freikirchen und ihren Vertretern zu knüpfen. In vielen Themenbereichen ge-

be es eine erstaunlich hohe Übereinstimmung im Verständnis einer an christlichen Werten orientierten, glaubwürdigen Gestaltung von Politik zwischen dem EAK auf der einen und vielen Evangelikalen auf der anderen Seite.

Wohin geht's mit der Kirche? – Buß- und Bettagsveranstaltung in Krefeld

Wie alljährlich traf sich der EAK des Bezirkes Niederrhein mit einer Kirchengemeinde im Bezirk zu einem gemeinsamen Gottesdienst mit einer anschließenden Podiumsdiskussion zu dem Thema „Wohin geht's mit der Kirche?“. Die Alt-Krefelder Gemeinde der Erlöserkirche in Krefeld hatte hierzu die Ausrichtung übernommen. Am Beginn der Veranstaltung stand ein gut besuchter ökumenischer Gottesdienst, den Pfarrer Jörg Geyer ausrichtete.

Vor der Podiumsdiskussion stärkte die Gemeinde die Anwesenden in einem Stehempfang mit Schnittchen und Getränken, bevor es dann in eine lebhaftere Diskussion ging. Hierzu begrüßte der EAK Bezirksvorsitzende Dirk v. Hahn die Gäste: Dr. Volker Lehnert, Landespfarrer und Ausbildungsdezernent der Rheinischen Landeskirche, Dr. Joachim Sobotta, Journalist und ehemals Chefredakteur der Rheinischen Post, sowie Pfarrer Martin Hendricks, stellvertretender Vorsitzender des Gemeindeverbandes Krefeld.

Es bestand Einigkeit darüber, dass die Kirche vor vielfältigen Problemen stehe und in Zukunft neue Wege gehen müsse.

Landespfarrer Dr. Lehnert bemängelte, dass sich die Kirche zu wenig um die Gewinnung neuer bzw. kirchenferner Menschen kümmere und stattdessen viel zu viel Zeit mit sich selbst, d. h. in

Sitzungen verbringe. Die Kirche müsse außerdem auf die zunehmend individuellen Nachfragen nach kirchlichen Leistungen mit vielseitigeren Angeboten reagieren, um Menschen dauerhaft an sich zu binden. Dr. Sobotta machte unter dem Hinweis auf die in den ostdeutschen Bundesländern oftmals praktizierte und stark frequentierte Jugendweihe deutlich, dass gerade die nicht konfessionell gebundenen jungen Menschen offensichtlich nach einer Sinnerfüllung strebten. Im Engagement für die Jugend und die mittlere Generation sieht Dr. Sobotta ein weites Betätigungsfeld für die Kirche. Hier mangle es jedoch noch an Angeboten. Der auf der Gemeindeverbandsebene tätige Pfarrer Hendricks ermutigte die Anwesenden mit den Worten, dass alle Christen den in ihren persönlichen Erfahrungen gewonnen Glauben selbstbewusst vertreten und damit zeigen sollten, dass Kirche heute und in Zukunft wichtig sei.

Die lebhaftere Diskussion zeigte das große Interesse an diesem Thema. Gleichzeitig galt es damit diesen Feiertag der Evangelischen Kirche in besonderer Weise zu würdigen.

Der Preis der Freiheit und die Ethik des Soldaten

Im Rahmen des Herbstforums 2003 veranstaltete der Evan-

gelische Arbeitskreis der CDU Leipzig unter der Leitung des Vorsitzenden Hartmut Nischik ein Diskussionsforum zum Thema „Der Preis der Freiheit und die Ethik des Soldaten“ im Evangelischen Studienhaus Leipzig. Als Referent war Brigadegeneral Heinz-Georg Keerl, Standortältester in Leipzig und Beauftragter der Streitkräfte für regionale Aufgaben, geladen.

Brigadegeneral Keerl führte aus, dass der Wahlspruch der NATO „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“ angesichts wachsender internationaler Terrorstrukturen dazu ermahne, dass Recht, Freiheit und Menschenwürde über die eigenen Landesgrenzen hinaus verteidigt werden müssten. In diesem Sinne bedürfe es heute einer neuen Verantwortungsethik, um den Frieden in Freiheit zu bewahren. Insgesamt ist es General Keerl gelungen, sowohl in seinem Vortrag als auch in der anschließenden lebhaften Diskussion, die hohe Moral und persönliche Verantwortung in Bezug auf das Prinzip der inneren Führung innerhalb der Bundeswehr zu vermitteln und damit manches Vorurteil zu entkräften.



v. l.: Hartmut Nischik, Heinz-Georg Keerl und Angelika Dreikopf

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU



Pressemitteilung vom 22. 12. 03

EAK: Aktion „Jahr der Bibel“ sehr gelungen

Der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) hat auf seiner Sitzung vom 10.12.03 noch einmal ausdrücklich das „Jahr der Bibel“ gewürdigt. Der Bundesvorsitzende des EAK, Thomas Rachel MdB:

„Als evangelische Christen sind wir dem Wort der Heiligen Schrift als einziger Quelle, Norm und Richtschnur unseres Glaubens in unmittelbarer Weise verpflichtet. Als evangelische Christen in der Politik aber hat uns das „Jahr der Bibel“ darüber hinaus erneut daran erinnert und ermahnt, dass die Schrift in gleicher Weise Maßstab und Inspiration für unsere politische Verantwortung sein muss. Wir wissen zwar, dass es keine unmittelbare Umsetzung biblischer Inhalte in die Politik geben kann. Gleichwohl muss das Wort Gottes aber immer der entscheidende Kompass und Orientierungshorizont unseres politischen Handelns bleiben.“

Die Aktion „Jahr der Bibel“, die von allen Kirchen, die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland zusammengeschlossen sind, und den christlichen Werken und Verbänden getragen wurde, stand unter dem Motto: ‘Suchen. Und Finden.’ Bei den zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen in unserem Land, zu denen auch die weit über die Grenzen Deutschlands hinausreichende Großveranstaltung ‘Pro-Christ’ oder die Würdigung der Bibel auf der diesjährigen EKD-Synode in Trier gehörten, rückte dieses ‘Suchen. Und Finden.’ erneut ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Dabei wurde deutlich, dass Tausende von der Bibel her fanden, was sie suchten: Antworten, Trost, Halt, Wegweisung und Veränderung. Das bleibt für unsere Gesellschaft auch zukünftig unverzichtbar.

Gerade der EAK hat im Jahr 2003 seine Beiträge zur inhaltlichen politischen Diskussion wieder intensiv auf den Prüfstand der biblischen Aussagen gestellt: Die 41. EAK-Bundestagung in Halle stand so beispielsweise unter dem Motto der Bergpredigt „Selig sind die Friedensstifter“. Weitere wichtige Themen des Jahres waren aber auch die Forderung nach dem Gottesbezug in der EU-Präambel, die Ablehnung sowohl der aktiven Sterbehilfe als der verbrauchenden Embryonenforschung sowie das Eintreten für die Förderung von „Babyklappen“-Einrichtungen.

„Evangelisch“ und „Bibel“ sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Das gilt auch für das politische Engagement des EAK. Insofern ist jedes Jahr ein „Jahr der Bibel“.

Die Geschichte des EAK!

Das Buch zum 50-jährigen Jubiläum des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

+ Autogrammkarten von Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem ehemaligen Bundesvorsitzenden des EAK, Jochen Borchert (zur Erinnerung an die Veranstaltungen des EAK anlässlich des 1. Ökumenischen Kirchentages 2003 in Berlin).

– NUR SOLANGE VORRAT REICHT! –



Zum Preis von 7,- Euro (inkl. Porto- und Versandkosten).

Zu beziehen über: Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon: 0 30-22 07 04 32, Telefax: 0 30-22 07 04 36, E-Mail: eak@cdu.de





Warum denn eigentlich nicht: Frisches, leckeres Weihnachtsgebäck schon im Spätsommer oder Frühherbst? – „Wenn der Kunde das wünscht, soll’s dem Anbieter nur recht sein“, – könnte man doch sagen und so wurde es auch deutlich gesagt in diesem Jahr.

Warum denn eigentlich nicht: Tannengrün, Lichterkette und Weihnachtsschmuck schon Anfang November? „Wenn’s denn Umsatz bringt und unsere Straßen rechtzeitig verschönert? Ist doch nett, oder?“,- könnte man doch sagen und so wurde es auch deutlich gesagt in diesem Jahr.

Warum denn eigentlich nicht: „Schluss mit den blöden, lästigen Weihnachtsliedern in den Kaufhäusern, diesen Akten ‘seelischer Grausamkeit’ (so R. Tremper, ver.di-Geschäftsführer, Berlin) zum Schutze der Verkäuferinnen und Verkäufer“? – auch das wurde deutlich gesagt in diesem Jahr.

Was man doch nicht dieser Tage so alles wieder hören muss! Wirklich überraschend und neu dürfte dies alles allerdings nicht sein, verbinden doch immer weniger Deutsche – neuesten Umfragen zufolge – mit dem Weihnachtsfest noch eine tiefere religiöse Bedeutung. „Warum denn dann aber überhaupt noch Weihnachten?“ – könnte man doch andererseits auch einmal provokant dagegen fragen?

Warum denn eigentlich nicht: Wer mit der heilsamen Botschaft von der Menschwerdung Gottes in unserer Mitte und mit den christlichen Feiertagen nichts mehr anzufangen weiß, wen die Weihnachtslieder und -bräuche nur noch nerven, wer die Stimmung dieser Tage nur noch unerträglich oder sogar verlogen findet und wem es schließlich einfach nur ums fröhliche Konsumieren geht, der kann doch tatsächlich darauf verzichten – oder etwa doch nicht?

Diese „Gegenrechnung“ dürfte jedoch nicht aufgehen. Ich wüsste auch niemanden, der bisher ernsthaft solche Forderungen erheben würde. Genau genommen wären sie auch absurd. Es muss zwar jedes Jahr wieder von neuem nachdenklich stimmen, wie sehr die Vergessenheit der christlichen Botschaft in unserem Land weiter fortschreitet. Aber trotz der vielerorts wieder zu vernehmenden unsäglichen und teils empörenden Voten zur Weihnachtszeit, zeigt sich doch auch immer wieder die tiefe Sehnsucht der meisten Menschen nach der wirklich heilsamen Botschaft, nach der wirklich tragfähigen Orientierung im Leben.

Warum denn nun aber? Auf die Frage, wo der wirkliche Grund unserer Freude, der leitende Stern auf unserem Lebensweg und das tatsächliche Ziel all unserer Hoffnungen zu suchen ist, gibt es auch in dieser Weihnachtszeit nur eine verlässliche Antwort. Und sie lautet:

„Denn erschienen ist die heilsame Gnade Gottes allen Menschen (...) und wir warten auf die selige Hoffnung und Erscheinung der Herrlichkeit des großen Gottes und unseres Heilands Jesus Christus.“ (Titus 2,11 + 13)

Christian Meißner

Unsere Autoren:

Ministerpräsident Erwin Teufel
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

Pfr. i. R. Thomas Küttler
Naunhofer Str. 57
04299 Leipzig

Dr. habil. Eckhard Koch
Privatdozent an der TU-Dresden
Neulußheimer Straße 52
01465 Dresden-Langebrück

Silke Adam
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Liebe Leserin, lieber Leser,

jeder finanzielle Beitrag, der uns in diesem Jahr erreicht hat, diente in direkter Weise der Herausgabe der „Evangelischen Verantwortung“. Das Spendenaufkommen betrug in diesem Jahr insgesamt 21 420,59 Euro (421 Spender). Ohne diese enorme Hilfsbereitschaft vieler von Ihnen wäre die Pflege unseres Blattes, das im kommenden Hermann-Ehlers-Gedenkjahr sein 51jähriges Bestehen feiert, nicht in der gewohnten Weise denkbar. Bitte unterstützen Sie uns auch weiterhin und bleiben Sie uns gewogen.

Von ganzem Herzen wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest und ein gesundes und gutes neues Jahr. Möge das wärmende Licht dieser Tage hoffnungsvoll in Ihre Herzen strahlen und die Ruhe dieser Zeit Ihnen zur Kraftquelle der Freude und Zuversicht werden.

Ich verbinde diese Segenswünsche mit dem großen Dank für Ihre bisherige Treue und die vielfältige Unterstützung unserer Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Meißner
(Bundesgeschäftsführer)

Überweisungsauftrag/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Bankleitzahl

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Empfänger

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Konto-Nr. _____ bei _____

56267 380 500 00

EUR

Kontoinhaber/Einzahler

(Empfangsbestätigung der annehmenden Kasse/Bank)

Empfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

E v a n g e l i s c h e r A r b e i t s k r e i s

Konto-Nr. des Empfängers

5 6 2 6 7

Bankleitzahl

3 8 0 5 0 0 0 0

bei (Kreditinstitut)

S p a r k a s s e B o n n

EUR

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers – (nur für Empfänger)

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen á 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

18